

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach
BBPIG-Vorhaben 4, HGÜ-Verbindung Wilster - Bergrheinfeld/West
Leitung-Nr.: LH-16-10001 / LH-16-10002

Vorhabenträger:

TRANSNET BW

Ersteller:

ARBE
SuedLink

ARGE Arcadis | Bernard GbR
c/o Arcadis Germany GmbH
Europaplatz 3
64293 Darmstadt
Deutschland

DokumentenzahlNr.: SLPS-AGA-011765

Planfeststellung

**Planfeststellungsabschnitt B3
von km 0+000 bis 55+493**

Unterlagen nach § 21 NABEG

**Teil A00
Erläuterungsbericht zur Planänderung I**

00	23.01.2026	PLANÄNDERUNG I	KasMan	BaiMic	PloTob
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis.....	3
Anhangsverzeichnis	3
1 Einleitung	4
1.1 SuedLink	4
1.2 Einordnung der Unterlage	4
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	4
2 Genehmigungsrechtliche Einordnung.....	5
2.1 Vorausgegangene Planungsschritte	5
2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG und Anhörungsverfahren nach § 22 NABEG	5
2.1.2 Feststellung des Plans nach § 24 NABEG	5
2.2 Rechtliche Grundlagen	5
3 Beschreibung der geänderten Planungen	7
3.1 Veranlassung	7
3.2 Kennzeichnung	7
3.3 Planänderungen	8
3.3.1 Übergeordnetes Thema 1 „Verrohrung“	8
4 Bildausschnitte zu den Verrohrungen	10

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
AG	Arbeitsgruppe
AVZ	Allgemeinverständliche Zusammenfassung
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
BTT	Biotoptypen
BVerwGE	Bundesverwaltungsgericht
GIS	Geographisches Informationssystem
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
NLWKN	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz
NWG	Niedersächsisches Wassergesetz
PlanSiG	Plansicherstellungsgesetz
TEN-E-VO	Transeuropäische Netze – Energie - Verordnung
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz

Anhangsverzeichnis

Anhang 01 Prüfkatalog UVP-Pflicht

1 Einleitung

1.1 SuedLink

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, dass als Erdkabelverbindung geplant wird. SuedLink besteht aus je einer Verbindung zwischen Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg (diese Verbindung wird in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als „Vorhaben Nr. 3“ geführt) sowie zwischen Wilster in Schleswig-Holstein und Bergrheinfeld/West in Bayern (diese Verbindung wird in der Anlage zum BBPlG als „Vorhaben Nr. 4“ geführt). Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben im Bereich der Stammstrecke verfahrensrechtlich verbunden. SuedLink ist in 15 Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Die gegenständliche Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen gem. § 21 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt B3.

Für weitergehende Informationen zu SuedLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 0 ff im Teil A01 der Unterlagen gem. § 21 NABEG verwiesen.

1.2 Einordnung der Unterlage

Das vorliegende Dokument Teil A00 „Erläuterungsbericht zur Planänderung wird mit Einreichung zum Bestandteil der Unterlagen gemäß § 21 NABEG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt B3, mit der der Vorhabenträger eine beabsichtigte Änderung des bereits festgestellten Plans anzeigt.

1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokumentes ist eine Beschreibung und Erläuterung der beabsichtigten Planänderungen.

2 Genehmigungrechtliche Einordnung

2.1 Vorausgegangene Planungsschritte

2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG und Anhörungsverfahren nach § 22 NABEG

Der Vorhabenträger hat den Plan und die Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG für den Planfeststellungsabschnitt B3 am 15.02.2024 bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Dies erfolgte auf Grundlage der Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 NABEG vom 12.05.2021, des anschließenden schriftlichen Verfahrens gemäß § 5 PlanSiG und des daraufhin von der BNetzA festgelegten Untersuchungsrahmens gemäß § 20 Absatz 3 NABEG vom 07.09.2021.

Die Bundesnetzagentur hat die Träger öffentlicher Belange (TöB), die von dem Vorhaben berührt sind, zur Stellungnahme zum eingereichten Plan aufgefordert. Darüber hinaus konnten anerkannte Umweltvereinigungen sowie Personen, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, vom 15.04.2024 bis 14.06.2024 Einwendungen gegen den Plan erheben. Dazu wurden die Unterlagen ab dem 15.04.2024 in elektronischer Form auf der Beteiligungsplattform der BNetzA im Internet veröffentlicht.

Die Bundesnetzagentur diskutierte beim nicht-öffentlichen Erörterungstermin am 04.02.2025 in Einbeck die rechtzeitig erhobenen Einwendungen und Stellungnahmen. Für die Planänderung I relevante Themen ergaben sich nicht.

2.1.2 Feststellung des Plans nach § 24 NABEG

Der Planfeststellungsbeschluss gemäß § 24 Abs. 1 NABEG für den Abschnitt B3 wurde am 31.07.2025 (Gz.: 804 - 6.07.01.02/3-2-7#15) erteilt.

2.2 Rechtliche Grundlagen

Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht erforderlich. Das Erfordernis einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird für Änderungen an Vorhaben, die unabhängig von Größen- oder Leistungswerten UVP-pflichtig sind und für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist, in § 9 Abs. 1 Satz 2 UVPG geregelt. Danach ist für derartige Änderungsvorhaben eine Vorprüfung durchzuführen. Die UVP-Pflicht besteht, wenn diese Vorprüfung ergibt, dass die Änderung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann. Dies ist bei der verfahrensgegenständlichen Planänderung nicht der Fall. Die vorgenommene Vorprüfung hat ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind. Wegen der Einzelheiten wird auf Anhang 01 zu diesem Erläuterungsbericht verwiesen.

Bei Planverzicht gem. § 76 Abs. 2 VwVfG:

Für die Planänderung ist die Durchführung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens nicht erforderlich. Gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG kann bei unwesentlichen Änderungen eines Plans von einem Planfeststellungsverfahren abgesehen werden, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.

Eine Änderung wird von der Rechtsprechung dann für unwesentlich erachtet, wenn die mit der Planung verfolgte Zielsetzung unberührt bleibt und wenn die beabsichtigte Änderung die bereits getroffene Abwägung aller einzustellenden Belange in ihrer Struktur unberührt lässt; das wird stets der Fall sein, wenn Umfang und Zweck des Vorhabens unverändert bleiben und wenn zusätzliche belastende Auswirkungen von

"einigem" Gewicht sowohl auf die Umgebung als auch hinsichtlich der Belange einzelner auszuschließen sind (BVerwG, Urteil vom 20. Oktober 1989 – 4 C 12/87 –, BVerwGE 84, 31-49, Rn. 27 zu § 18c Abs. 2 FStrG a. F.; BVerwG, Urteil vom 16. Mai 2018 – 9 A 4/17 –, BVerwGE 162, 102-114, Rn. 38). Ein Fall, der bereits aufgrund rechtlicher Vorgaben regelmäßig zur Wesentlichkeit einer Änderung führt, ist deren UVP-Pflichtigkeit. Hierfür spricht – neben verfahrensrechtlichen Zwängen – auch der Umstand, dass von derartigen Vorhaben regelmäßig entsprechende Auswirkungen zu erwarten sein dürften. Ist ein Änderungsvorhaben UVP-pflichtig, kommt ein Planverzicht nach § 76 Abs. 2 VwVfG nicht in Betracht (Wickel, in: HK-VerwR, 5. Aufl. 2021, VwVfG § 76 Rn. 25).

Ausgehend von diesem Maßstab ist die vorliegende Planänderung als unwesentlich im Sinne des § 76 Abs. 2 VwVfG einzustufen. Für die Änderung ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich.

Auch im Übrigen ist nicht ersichtlich, dass die Struktur der bereits getroffenen Abwägung berührt würden. Umfang und Zweck der Vorhaben bleiben erhalten, zusätzliche Auswirkungen von einigem Gewicht sind nicht erkennbar.

Für einen Planverzicht verlangt § 76 Abs. 2 VwVfG weiterhin, dass die Belange anderer nicht berührt werden oder die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben. Unter „Belangen anderer“ sind (abwägungserhebliche) private (d. h. nicht öffentliche), eigene Interessen Dritter zu verstehen. Auf den (formal-)rechtlichen Schutz des jeweiligen Interesses kommt es hierbei nicht an. Die Belange anderer sind berührt, wenn Dritte in ihren Interessen erstmals, stärker als bisher oder anders als bisher betroffen sind (Neumann/Külpmann, in: Stelkens/Bonk/Sachs, 10. Aufl. 2022, VwVfG § 76 Rn. 21; Deutsch, in: NK-VwVfG, 2. Aufl. 2019, VwVfG § 76 Rn. 45).

3 Beschreibung der geänderten Planungen

3.1 Veranlassung

Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens nach § 21 NABEG wurden die verfügbaren Gewässerdaten des NLWKN (Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz) als Datengrundlage verwendet. Diese wurden bereits im Antrag nach § 36 WHG (Wasserhaushaltsgesetz) und in der Anlage K02 berücksichtigt. In Niedersachsen gelten gemäß § 40 NWG (Niedersächsisches Wassergesetz) alle oberirdischen Gewässer, die Grundstücke mehrerer Eigentümer bewässern oder entwässern (§ 1 Abs. 1 Satz 1) und nicht Gewässer erster oder zweiter Ordnung sind, als Gewässer III. Ordnung. Dadurch ist deren Berücksichtigung im Rahmen der konkreten Ausführungsplanung für das Verfahren maßgeblich geworden.

3.2 Kennzeichnung

Dokumente des vorangegangenen Genehmigungsverfahrens, die von einer Planänderung inhaltlich berührt werden und daher Überarbeitungsbedarf aufweisen, werden als Ganzes im erforderlichen Umfang überarbeitet.

- Textliche Korrekturen erfolgen durch Streichung der Bestandstexte und Ergänzung von Ersatztexten in blauer Schrift (RGB (0/63/255)). Umfangreichere textliche Korrekturen erfolgen durch Streichung der Bestandsabsätze und Ergänzung neuer Absätze in blauer Schrift. Die neuen Texte folgen immer auf die Streichungen.
- Der Austausch von Abbildungen erfolgt unter Umrandung und Auskreuzung der vorhandenen Abbildung und Einfügen der Ersatzabbildung mit einer blauen Umrandung. Die Ergänzung von Abbildungen erfolgt durch Einfügen der neuen Abbildung mit einer blauen Umrandung und Ergänzung einer neuen Bildunterschrift in blauer Schrift. Die neue Abbildung wird indiziert („a“ etc.), damit die Nummerierung der vorhandenen Abbildungen unverändert erhalten bleibt. Die ersatzlose Löschung von Abbildungen, soweit nicht vermeidbar, erfolgt durch Einfügen einer blauen Umrandung und Auskreuzung der vorhandenen Abbildung.
- Korrekturen von Tabellenwerten folgen den formalen Anforderungen für Texte: Streichung der Bestandswerte und Ergänzung von Ersatzwerten in blauer Schrift. Die Ergänzung von Tabellen folgt den vergleichbaren formalen Anforderungen für Abbildungen. Die ersatzlose Löschung von Tabellen, soweit nicht vermeidbar, folgt den vergleichbaren formalen Anforderungen für Abbildungen.
- Durch die Planänderung berührte Pläne werden im Plankopf mit „Planänderung“ in blauer Schrift gekennzeichnet. In der Planlegende ist unter der Überschrift eine allgemeine Symbolerklärung für Änderungen (in blauer Farbe) ergänzt. Geänderte oder neu hinzukommende Planinhalte sind in blauer Farbe gezeichnet. Bei einer neu hinzukommenden oder in der Bedeutung geänderten Flächenkennzeichnung mit einer gemäß der Planlegende zugewiesenen Bedeutung sind die Umrandung und die Füllung gemäß Legende gezeichnet und zusätzlich mit einer blauen Linie umrandet. Nicht mehr zutreffende Umrandungen und Flächenfüllungen entfallen ersatzlos.

Gemäß der nach § 9 Abs. 2 Nr. 2 UVPG für den gegenständlichen Änderungsantrag durchgeführten UVP-Vorprüfung (s. Anhang 01 zu diesem Erläuterungsbericht) besteht keine UVP-Pflicht und somit auch kein Anlass, einen UVP-Bericht für die beantragte Änderung zu erstellen.

Dem Planfeststellungsantrag zum Ausgangsverfahren wurde ein vollständiger UVP-Bericht für die vom SuedLink umfassten beiden Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 gem. Anhang 1 BBPlG beigelegt. Für die Planfeststellungsunterlagen von Suedlink wurde ein struktureller Aufbau gewählt, bei dem diejenigen Inhalte bzw. Unterlagen, die sowohl dem Teil F (UVP-Bericht) als auch dem Teil I (Landschaftspflegerischer Begleitplan) zuzuordnen sind, allein dem Teil F beigegeben wurden und im Teil I bei Erfordernis auf diese verwiesen wird. Damit wurden Doppelungen der entsprechenden Inhalte bzw. Unterlagen vermieden. Für eine konsistente und nachvollziehbare Anpassung beim Teil I infolge des gegenständlichen Änderungsantrages ist daher auch der der Teil F dem Planänderungsantrag beigelegt. Dort sind die Änderungen im erforderlichen Umfang mit Blaeinträgen kenntlich gemacht.

3.3 Planänderungen

Der vorliegende Erläuterungsbericht zur Planänderung I (A00) wurde im Zuge der Erstellung der Planänderung I neu erstellt.

3.3.1 Übergeordnetes Thema 1 „Verrohrung“

Aufgrund des Niedersächsischen Wassergesetzes § 40 NWG, stellt jedes oberirdische Gewässer, welches Grundstücke mehrerer Eigentümer bewässert oder entwässert (§ 1 Abs. 1 Satz 1) und nicht Gewässer erster oder zweiter Ordnung ist, ein Gewässer III. Ordnung dar.

In Niedersachsen gelten gemäß § 40 NWG (Niedersächsisches Wassergesetz) alle oberirdischen Gewässer, die Grundstücke mehrerer Eigentümer bewässern oder entwässern (§ 1 Abs. 1 Satz 1) und nicht Gewässer erster oder zweiter Ordnung sind, als Gewässer III. Ordnung. Dadurch ist deren Berücksichtigung im Rahmen der konkreten Ausführungsplanung für das Verfahren maßgeblich geworden.

Bezugnehmend auf dieser landesspezifischen Vorschrift verlangt die untere Naturschutzbehörde die zusätzliche Auflistung aller Gewässer in der Unterlage Teil K02 Anhang 03 „Voraussetzungen für Wasserrechtliche Zulassungen“, welche im Zusammenhang der technischen Planung des Projektes verrohrt werden müssen.

Dadurch erfolgt eine Anpassung der tabellarischen Auflistung der Wasserrechtlichen Zulassungen um Verrohrungen von oberirdischen Gewässern dritter Ordnung. Dies beinhaltet sämtliche Verrohrungen der Sammelgräben sowohl für die äußere als auch die innere Baustraße, sowie Verrohrungen bedingt durch die Errichtung von Baustelleneinrichtungsflächen. In der Unterlage K02 Anhang 03 sind die Änderungen im erforderlichen Umfang mit Blaeinträgen kenntlich gemacht.

Durch die Änderung sind keine nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten. Die zusätzlich im K02 Anhang 03 zu beantragenden baubedingten Verrohrungen sind bereits in der bestehenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), Teil F, vollständig bewertet sowie im Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP), Teil I, unter Berücksichtigung der geplanten Baumaßnahmen in Fläche (Biotope) vollständig ausgeglichen.

Dauerhaft wasserführende Gewässer, die nach der Kartiermethodik K05 als Gewässerbiotoptypen aufgenommen sind, werden im LBP durch die Maßnahme V22.3 „Wiederherstellung von Gräben und Gewässern“ ausgeglichen.

Für alle weiteren oberirdischen Gewässer, die nicht dauerhaft wasserführend sind und somit bei den Ergebnissen der Biotoptypen (BTT) kein Gewässerbiotop darstellen, gilt die „Allgemeine Vermeidungsmaßnahme Wasser“ (V6) zum Gewässerschutz.

Die Maßnahme V6 ist nicht ortsspezifisch, sondern gilt für jeden Maßnahmenplan im Teil I Anlage 01.

Mit Einhaltung dieser Maßnahmen zum Gewässerschutz wird das Verschlechtsverbot nach § 27 Abs. 1 WHG (Wasserhaushaltsgesetz) eingehalten.

Im Folgenden sind alle aktuell betroffenen, zu verrohrenden, oberirdischen Gewässer als Bildausschnitt dargestellt. Hierbei repräsentiert ein Punkt sämtliche notwendigen Verrohrungen innerhalb des betroffenen Flurstücks.

4 Bildausschnitte der beantragten Verrohrungen

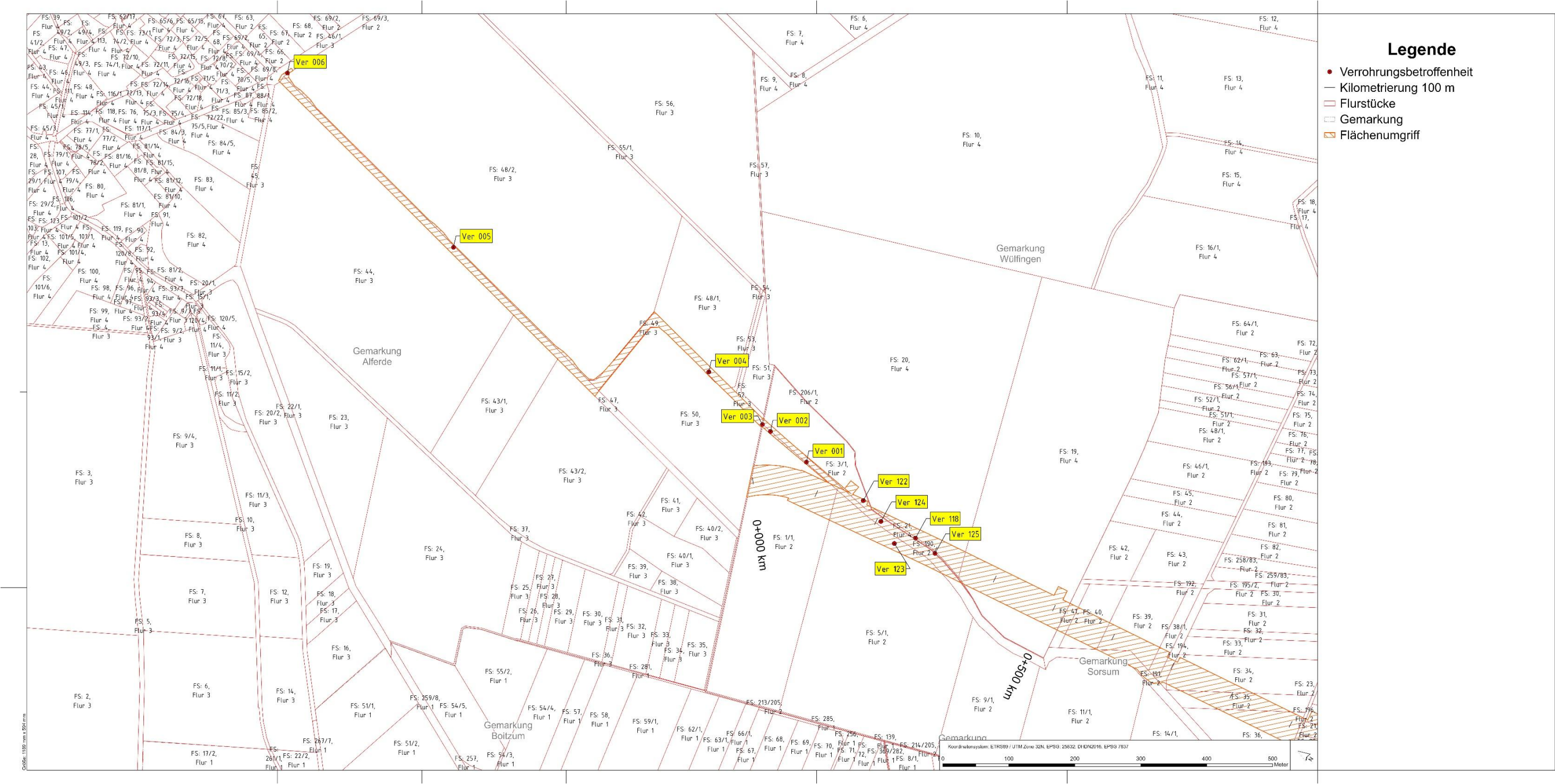


Abbildung 1: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen





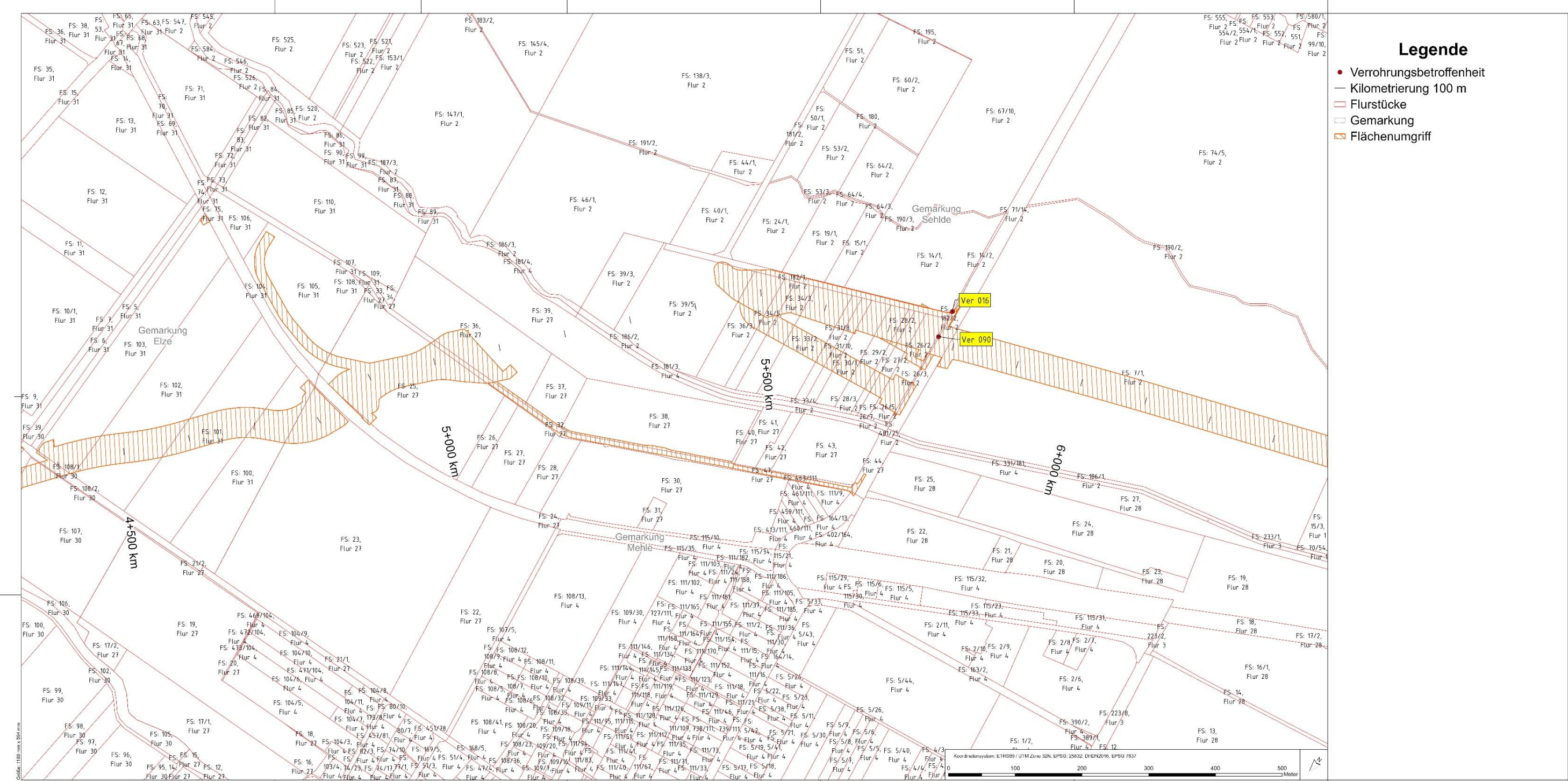


Abbildung 4: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

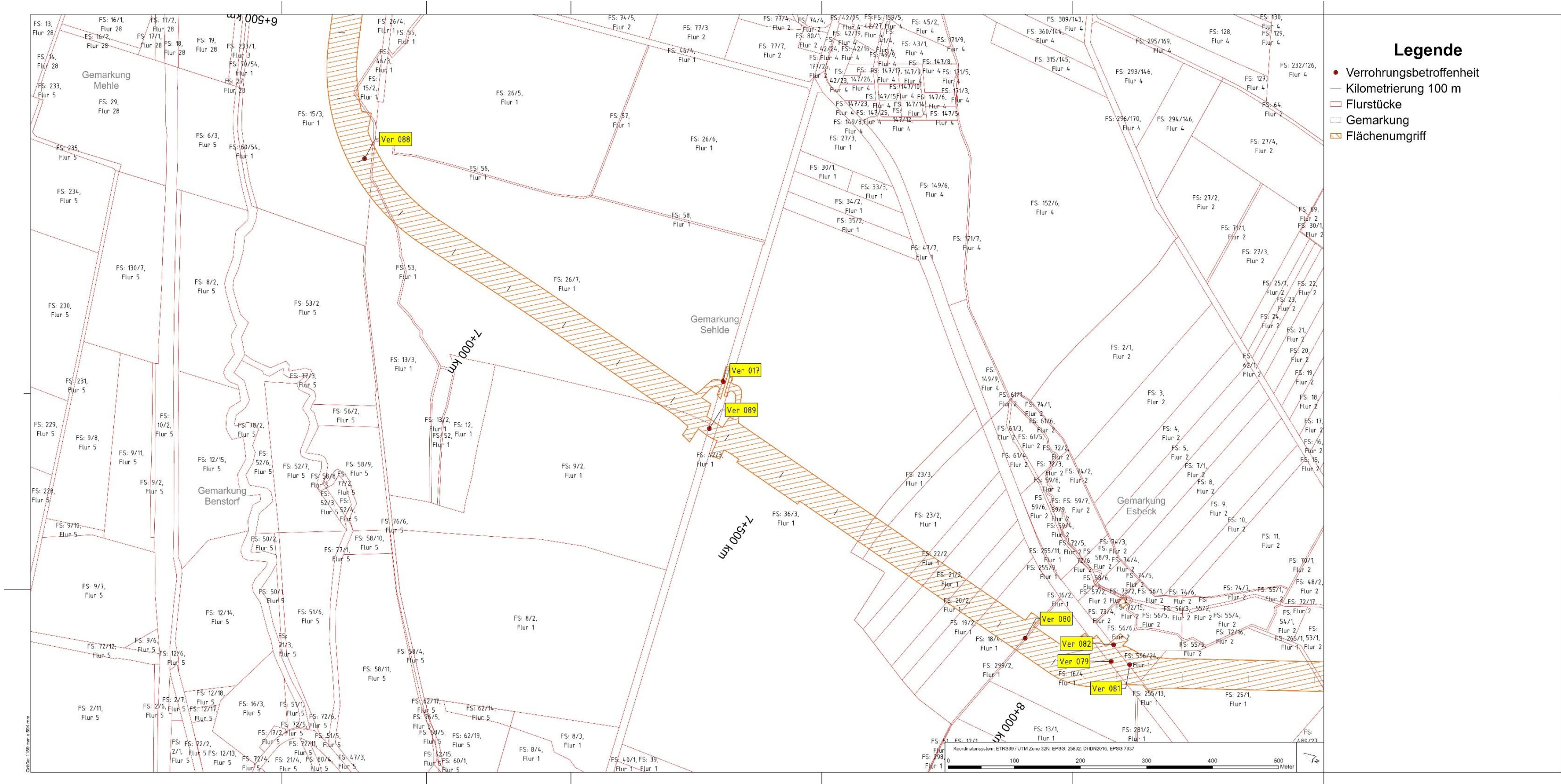


Abbildung 5: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

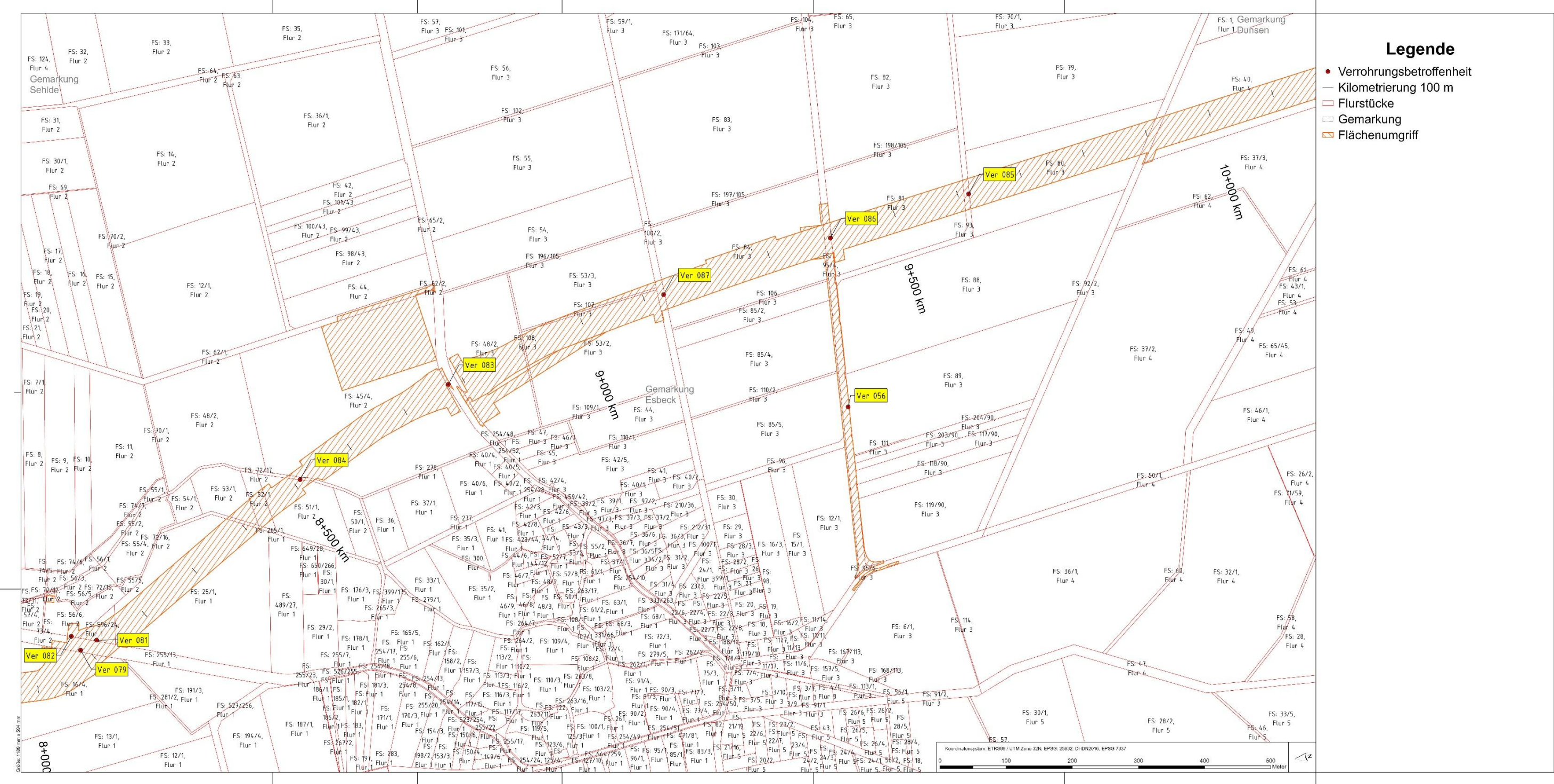


Abbildung 6: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

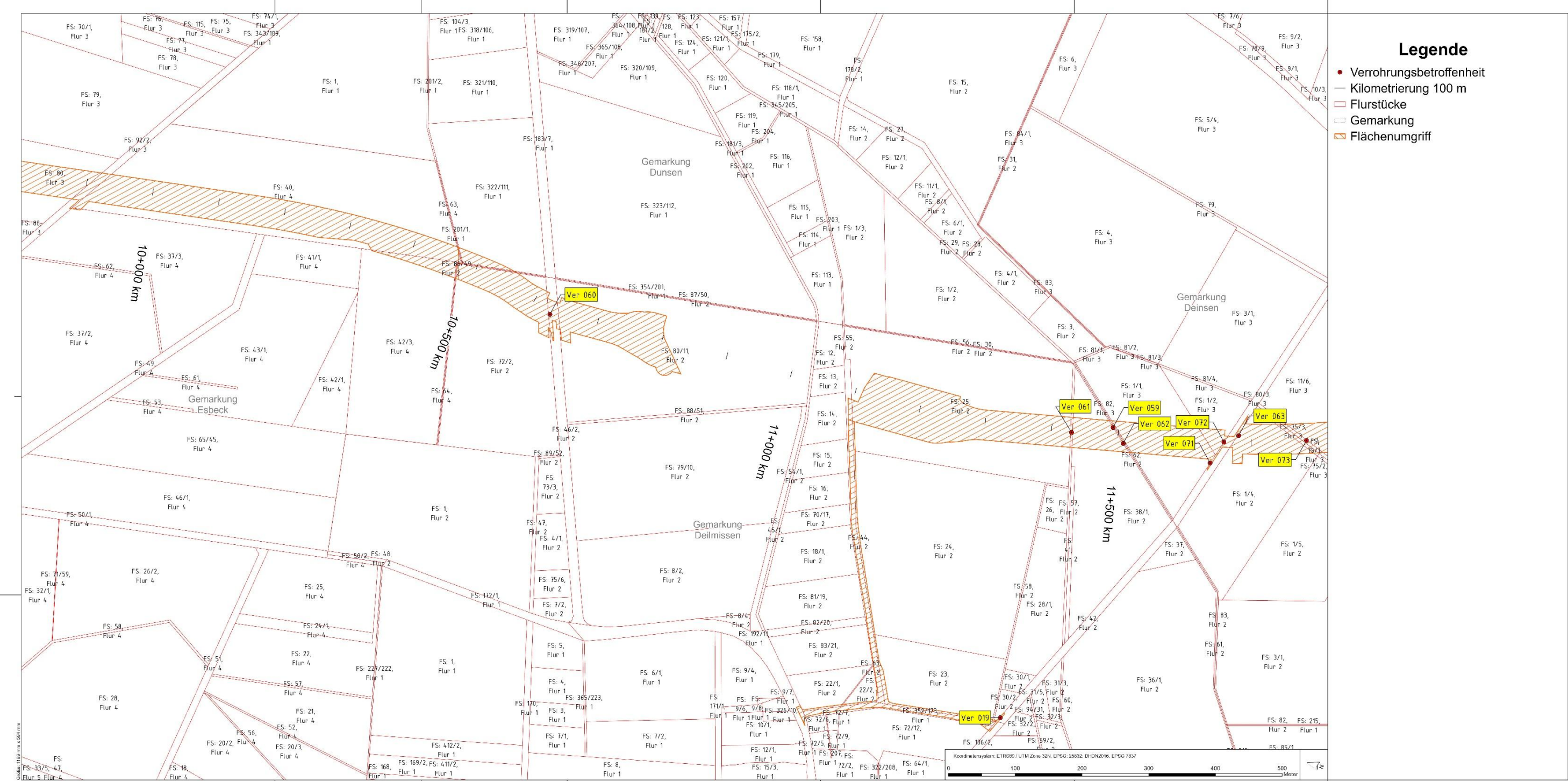


Abbildung 7: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

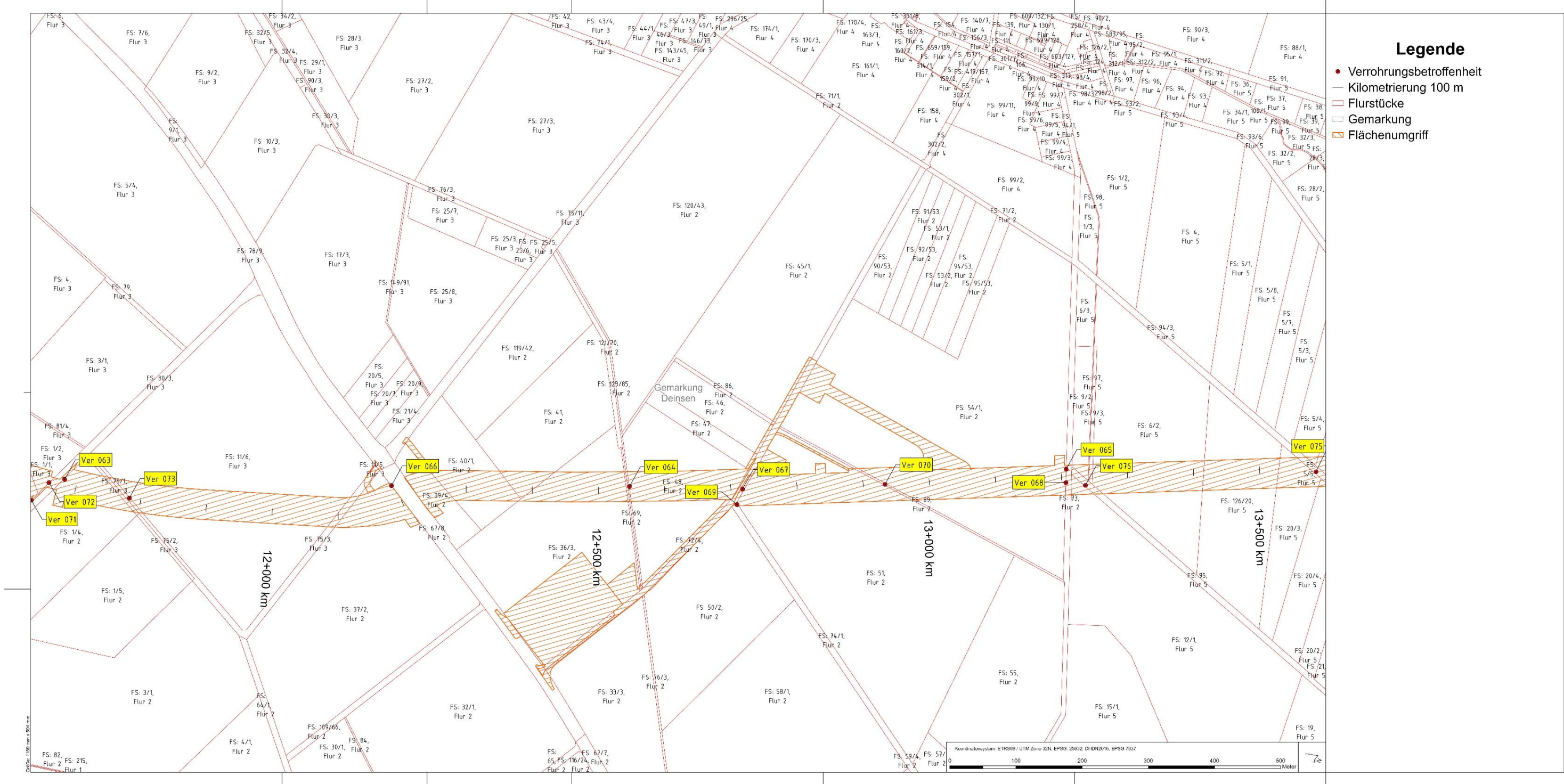


Abbildung 8: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen



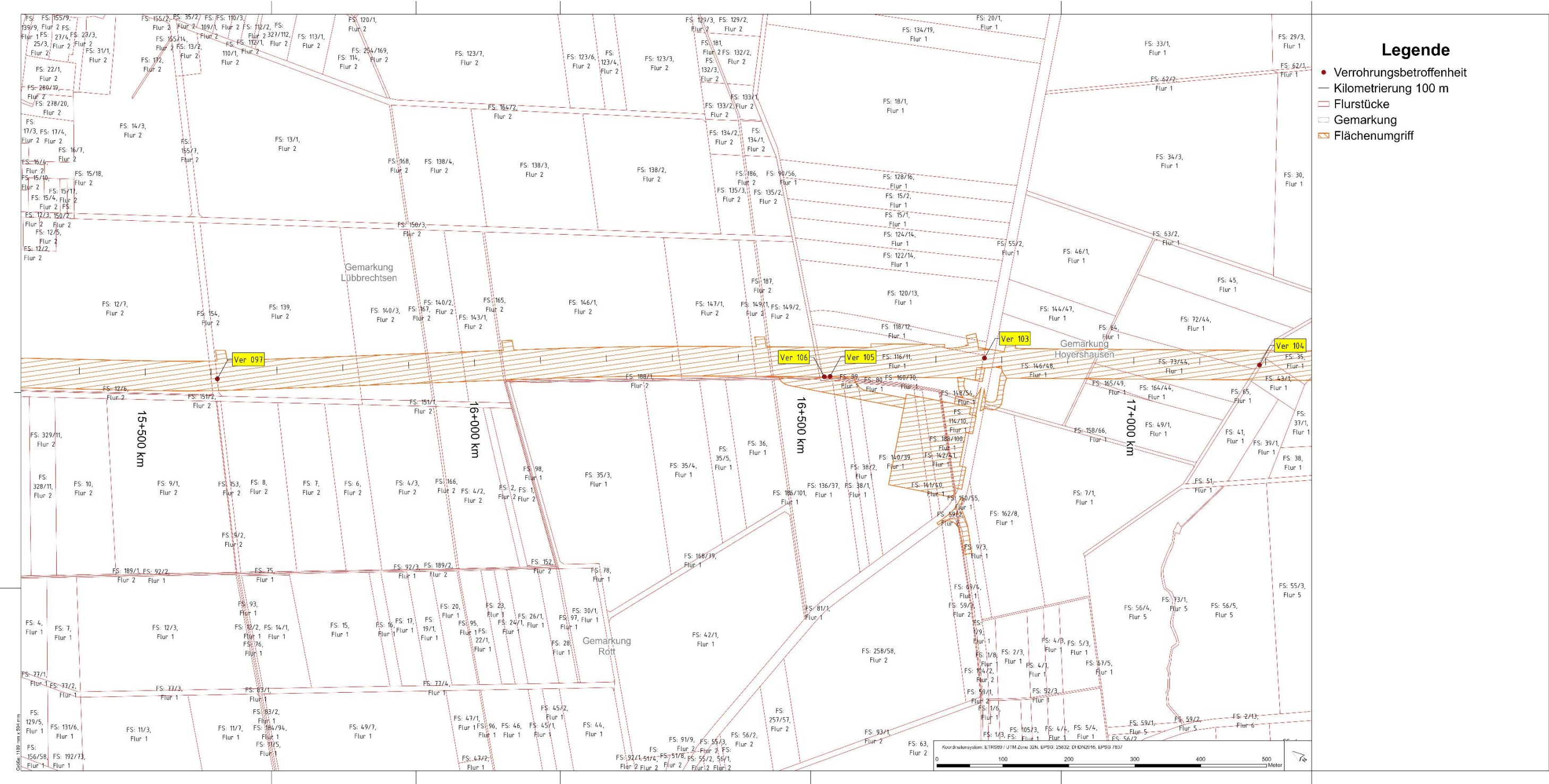


Abbildung 10: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

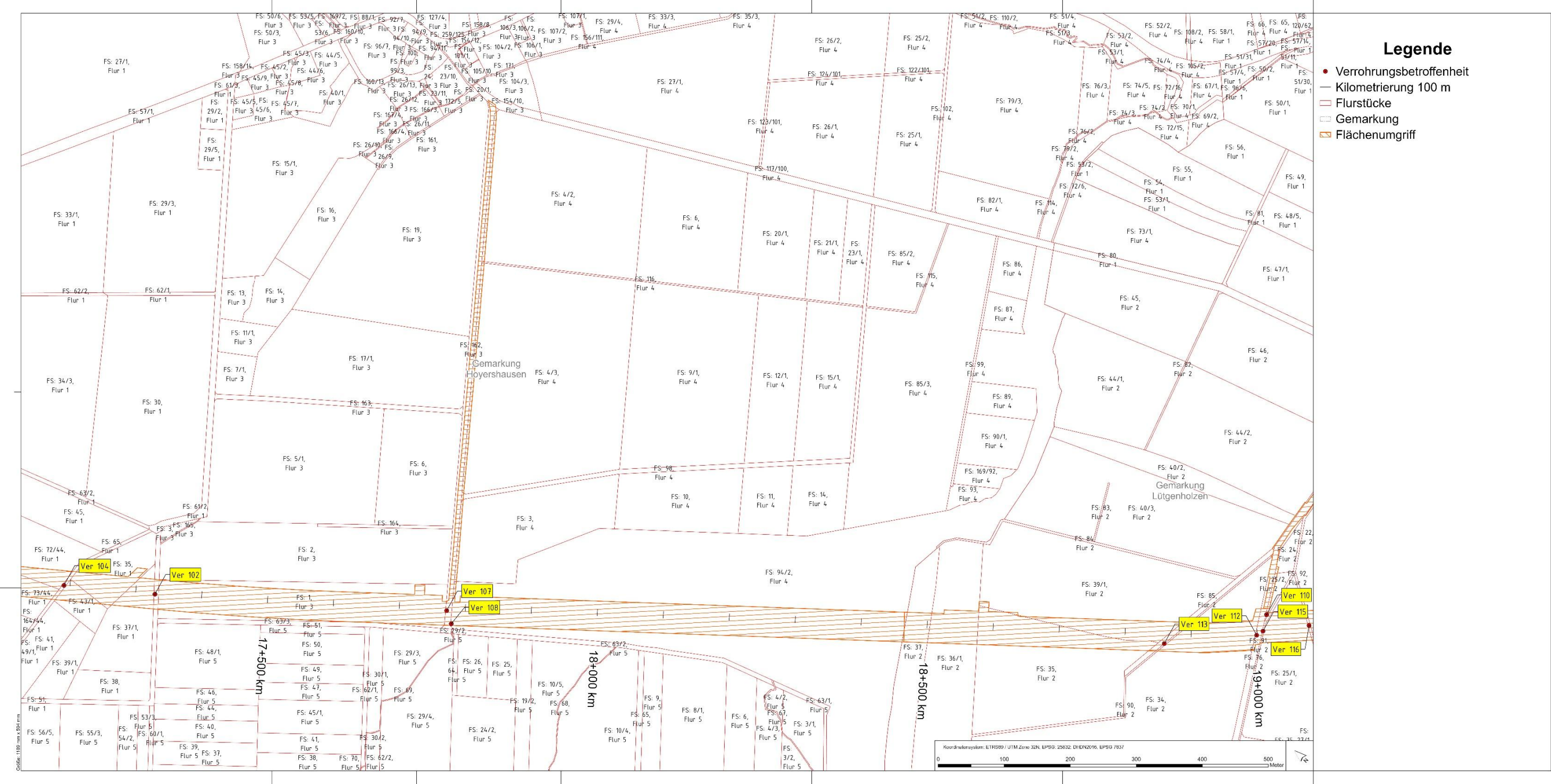


Abbildung 11: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

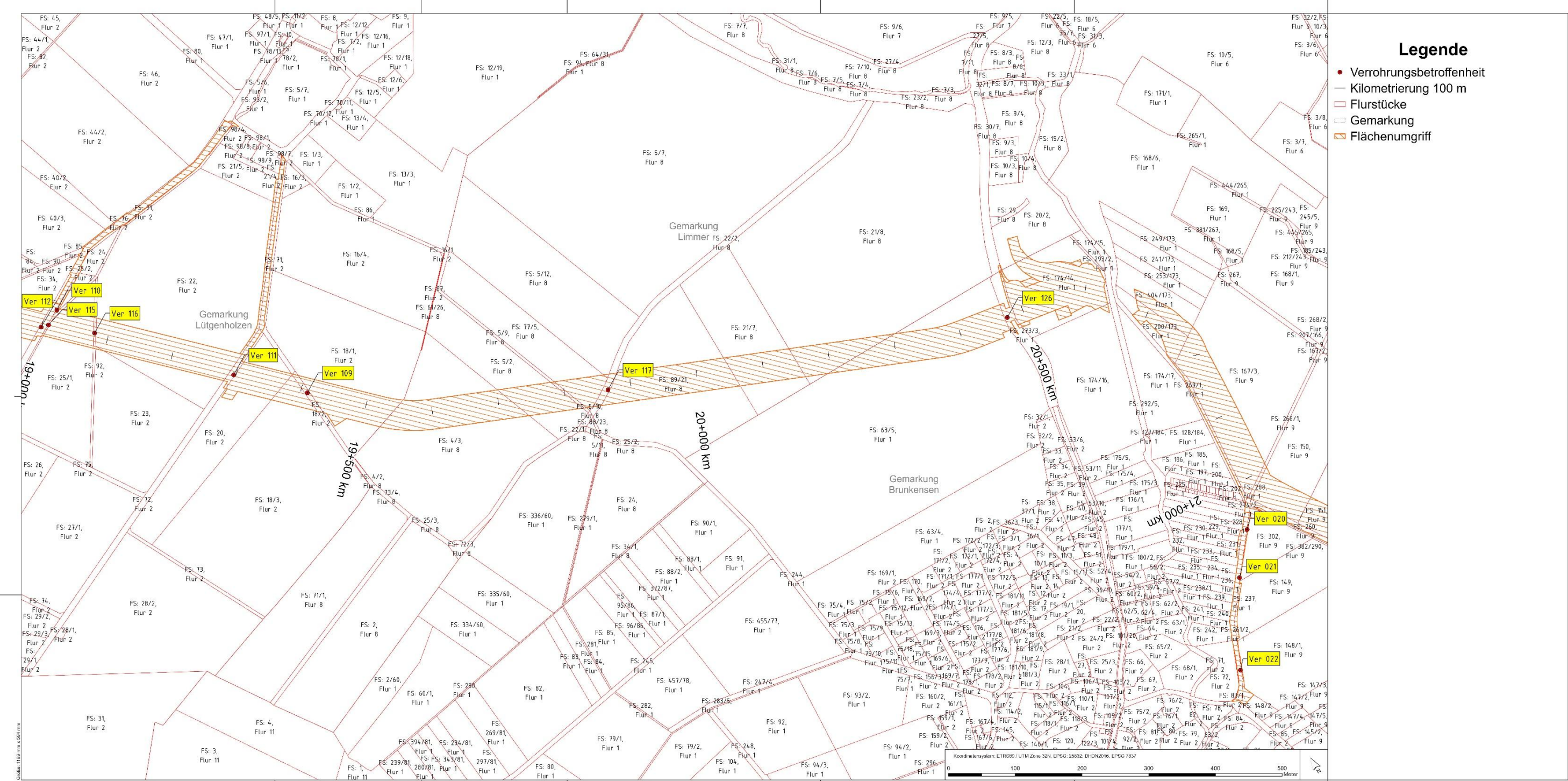


Abbildung 12: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

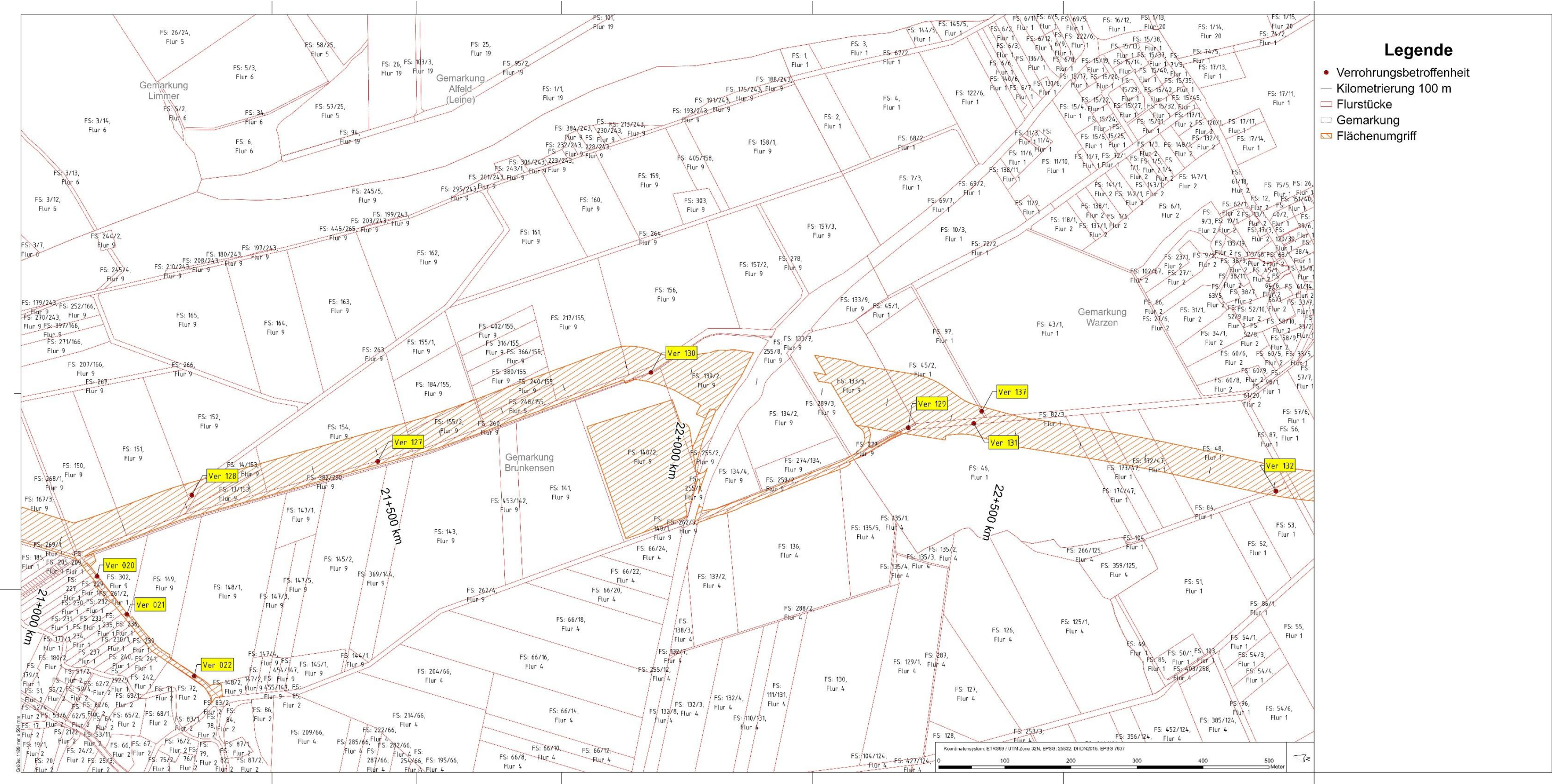


Abbildung 13: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

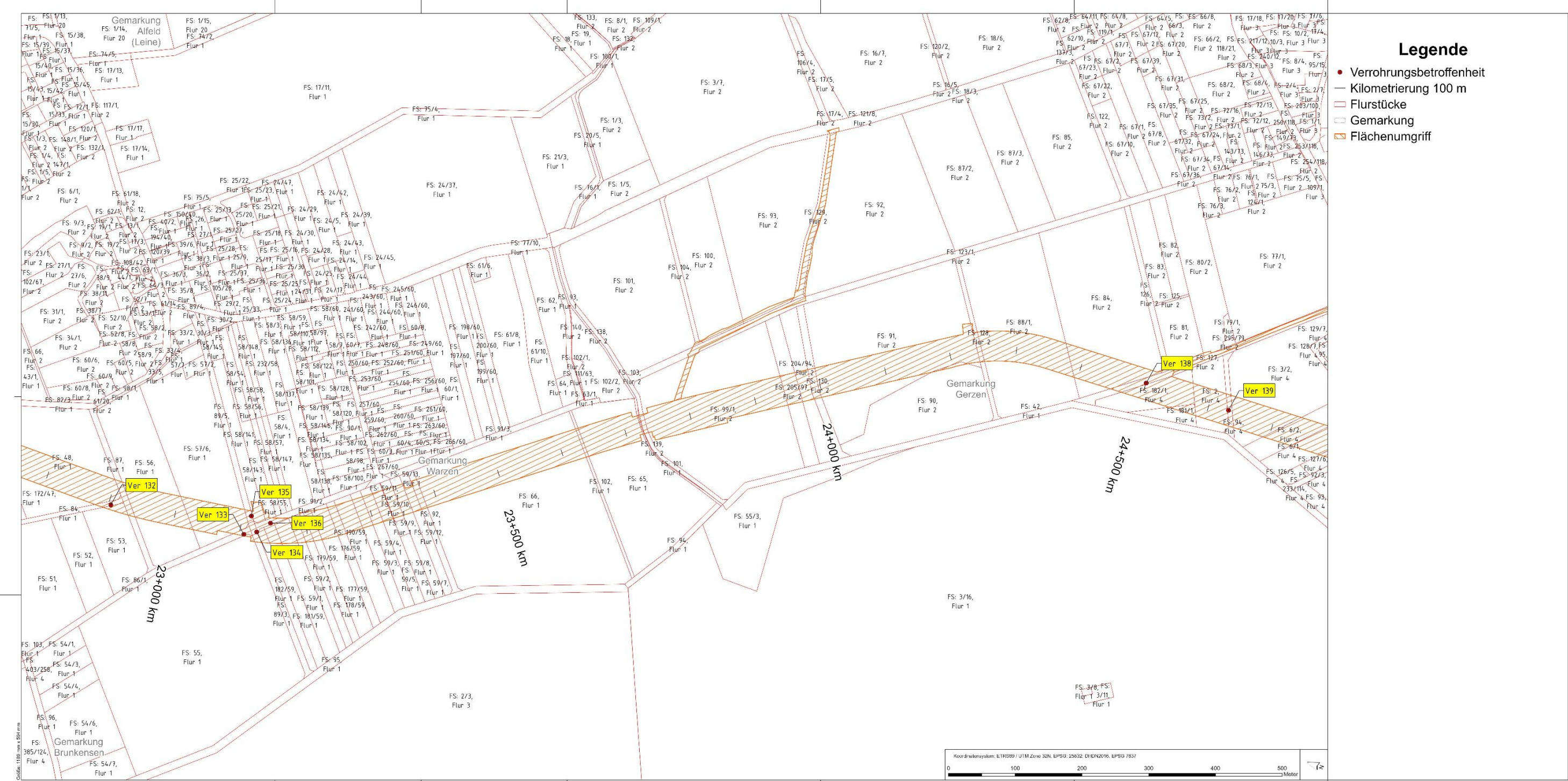


Abbildung 14: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

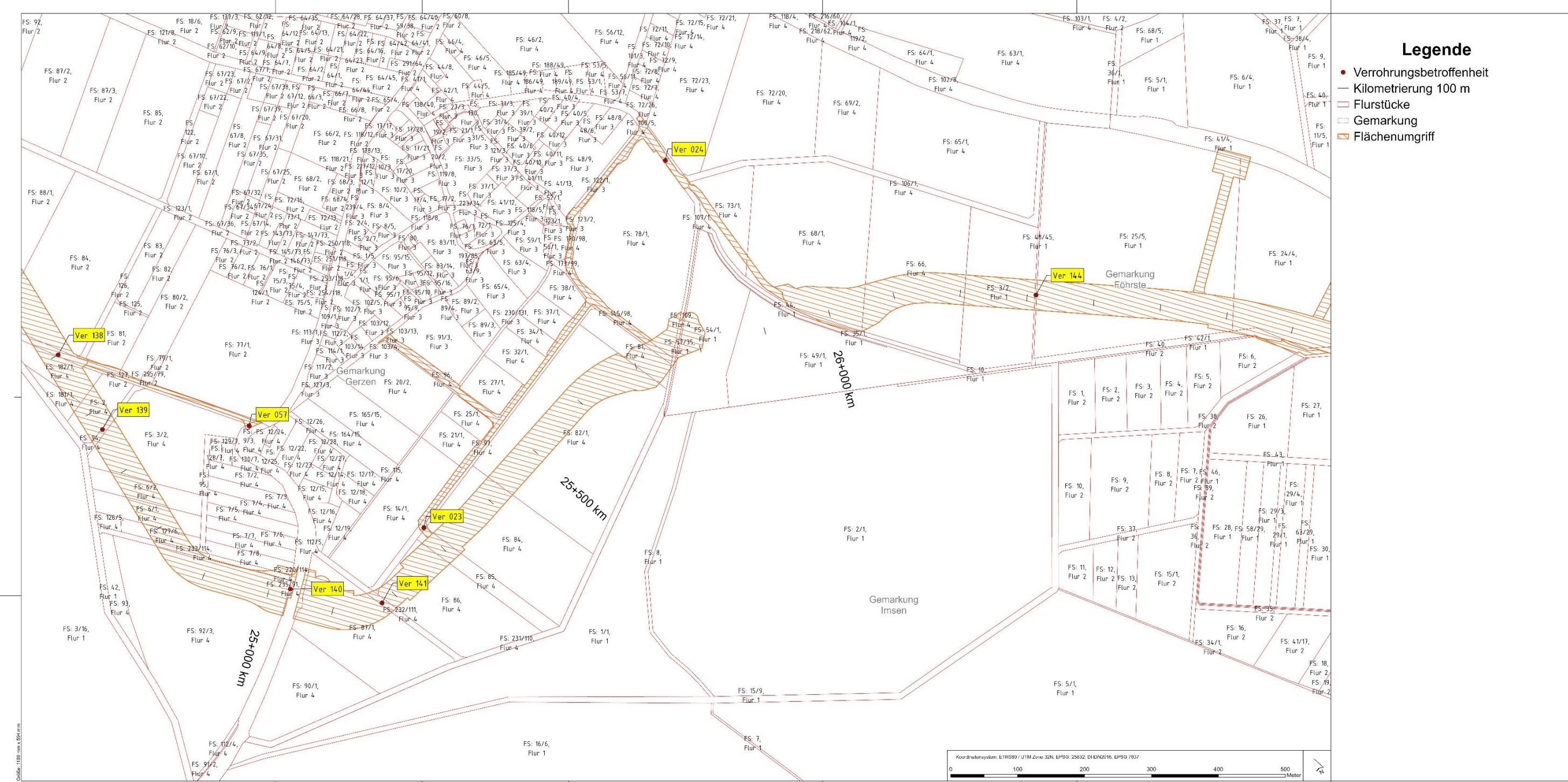


Abbildung 15: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

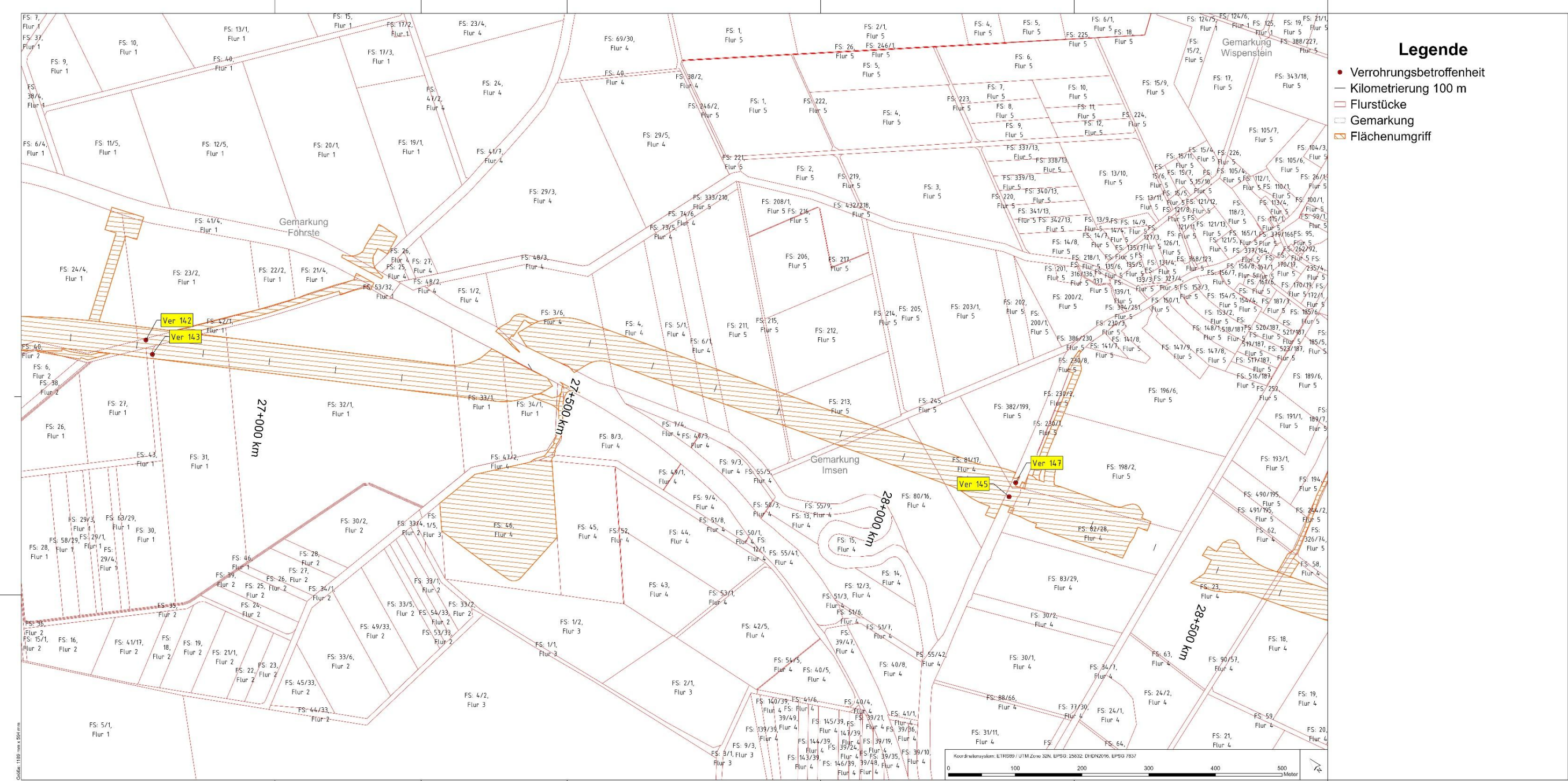


Abbildung 16: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

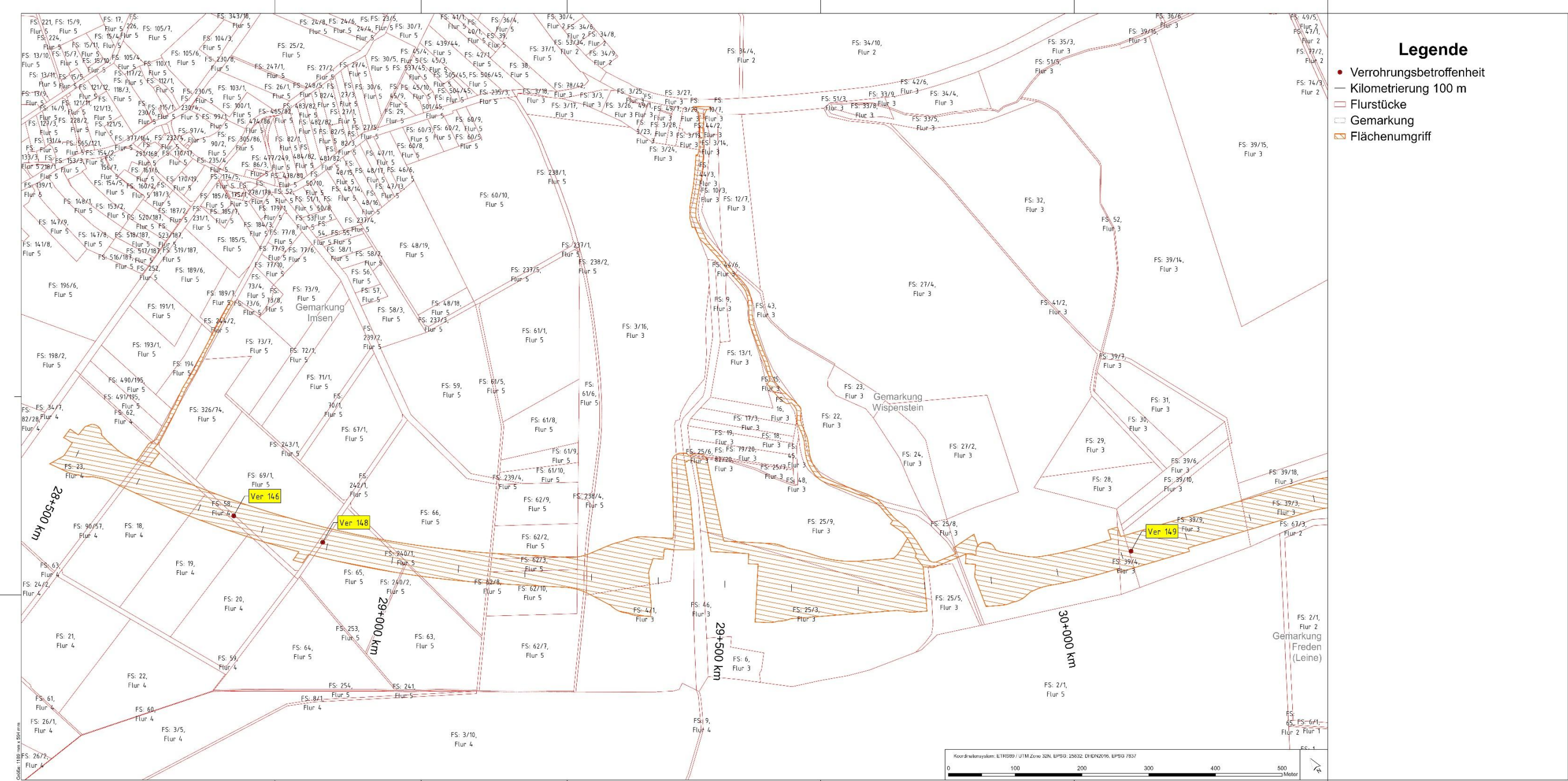


Abbildung 17: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

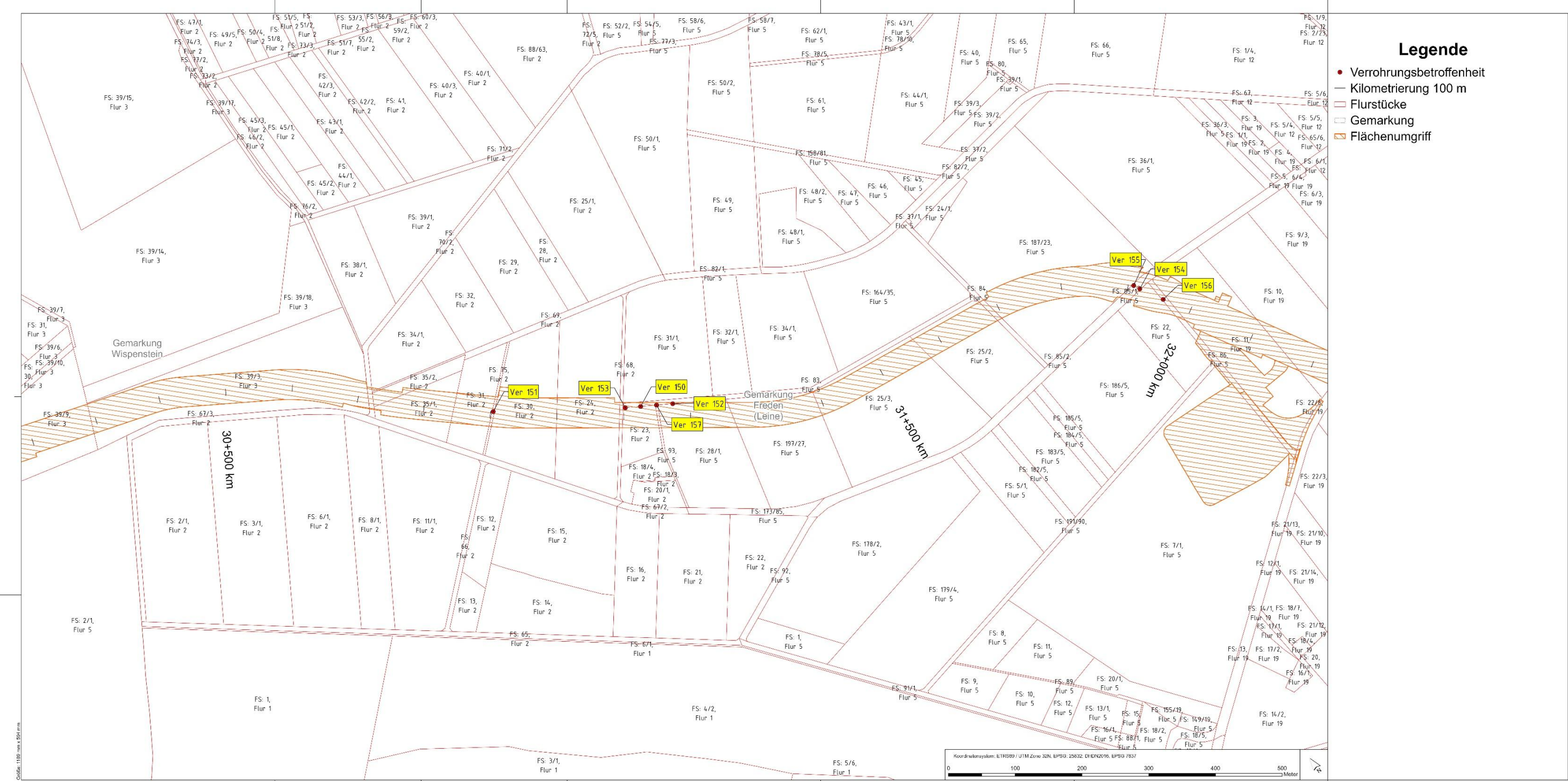


Abbildung 18: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

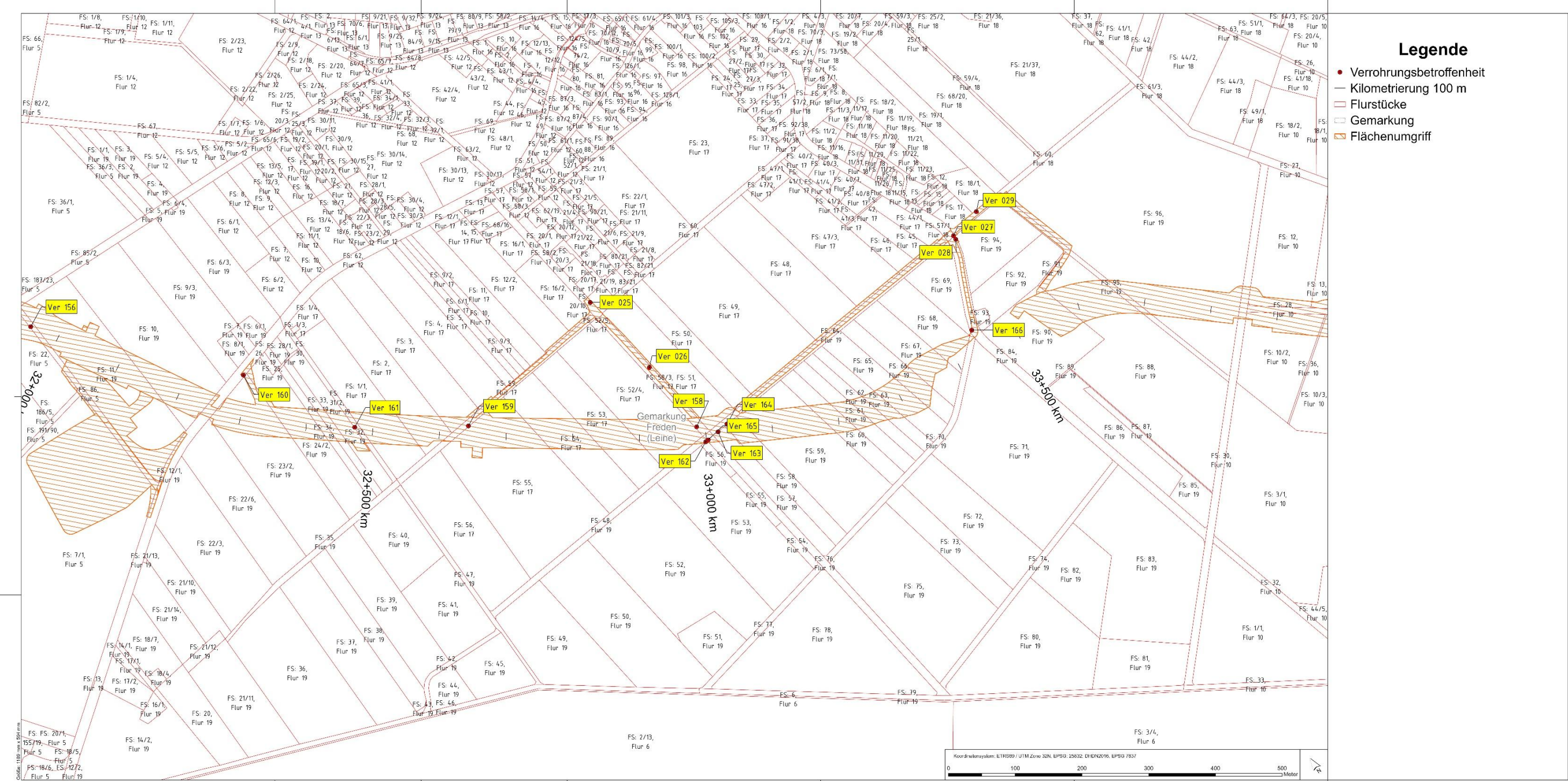


Abbildung 19: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

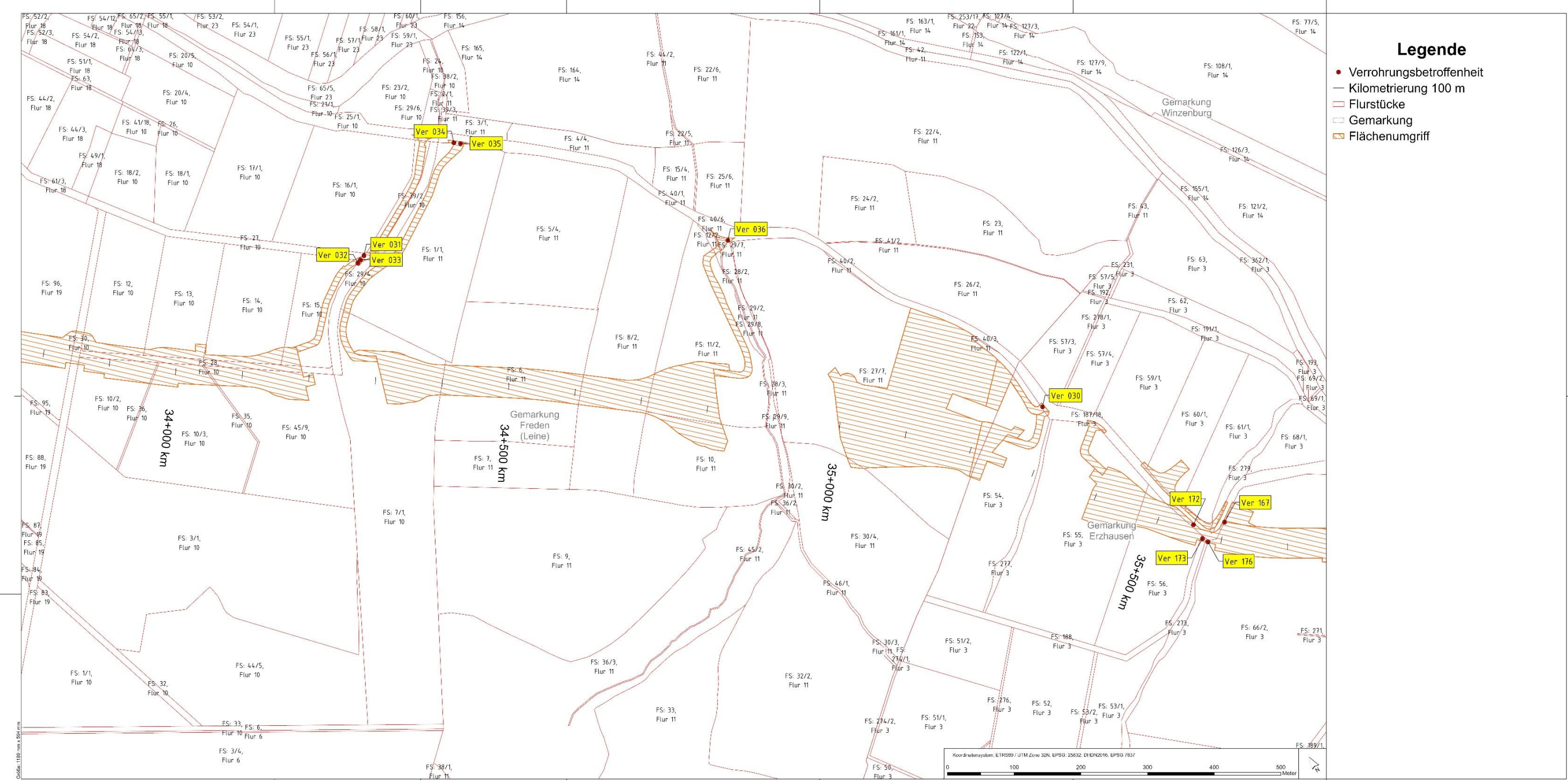


Abbildung 20: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

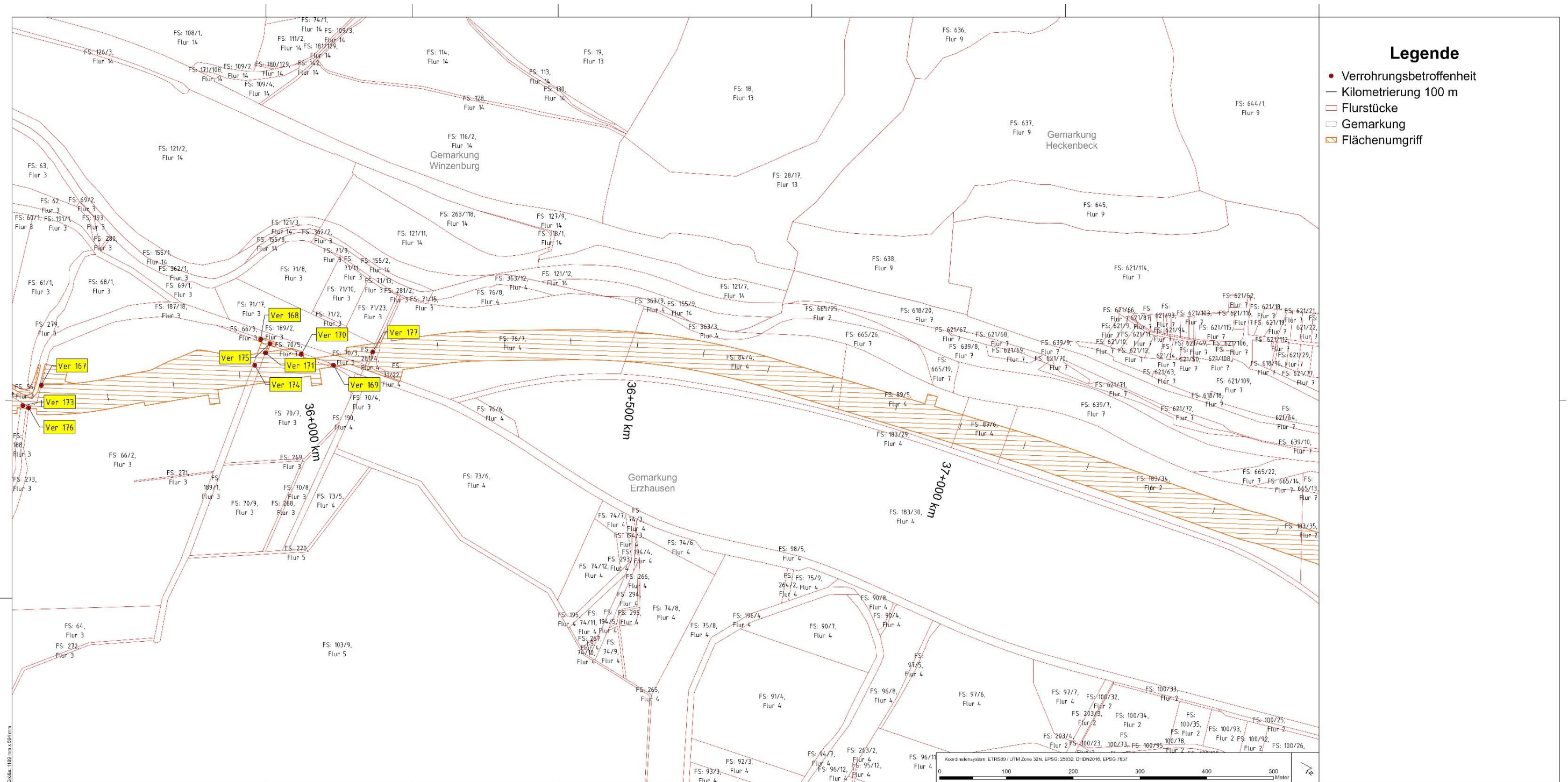


Abbildung 21: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen



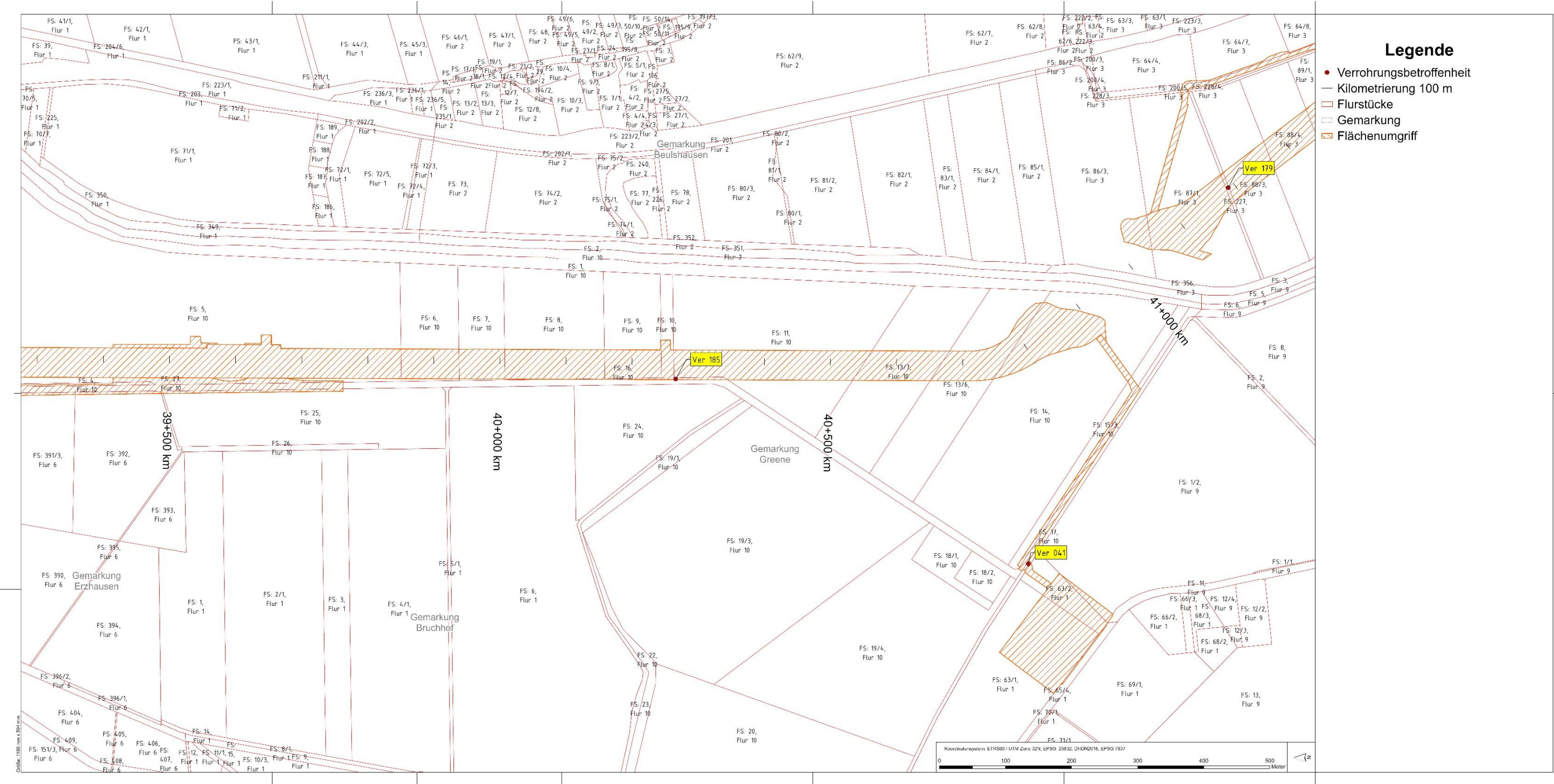


Abbildung 23: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

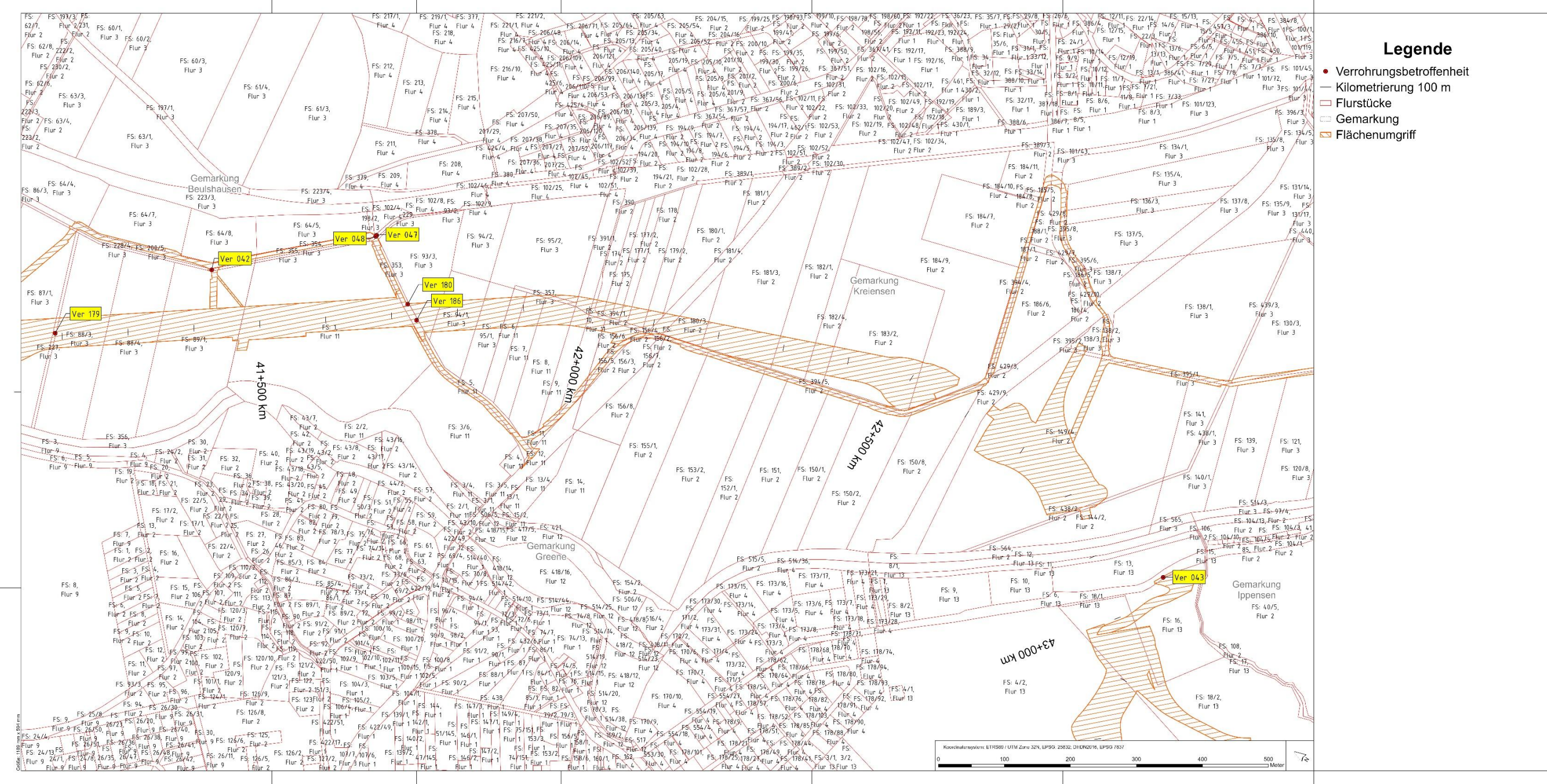


Abbildung 24: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

Abbildung 25: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

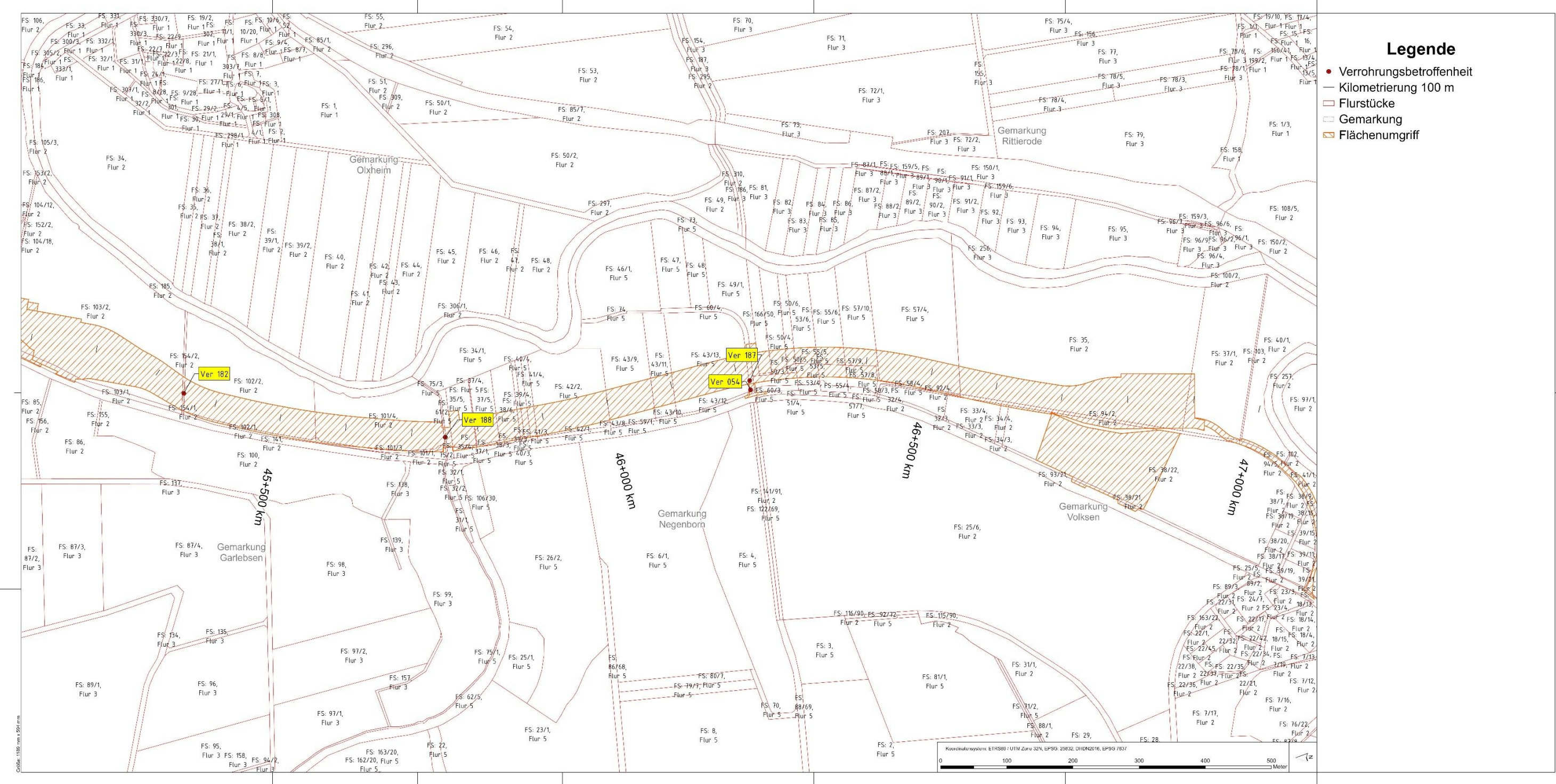


Abbildung 26: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

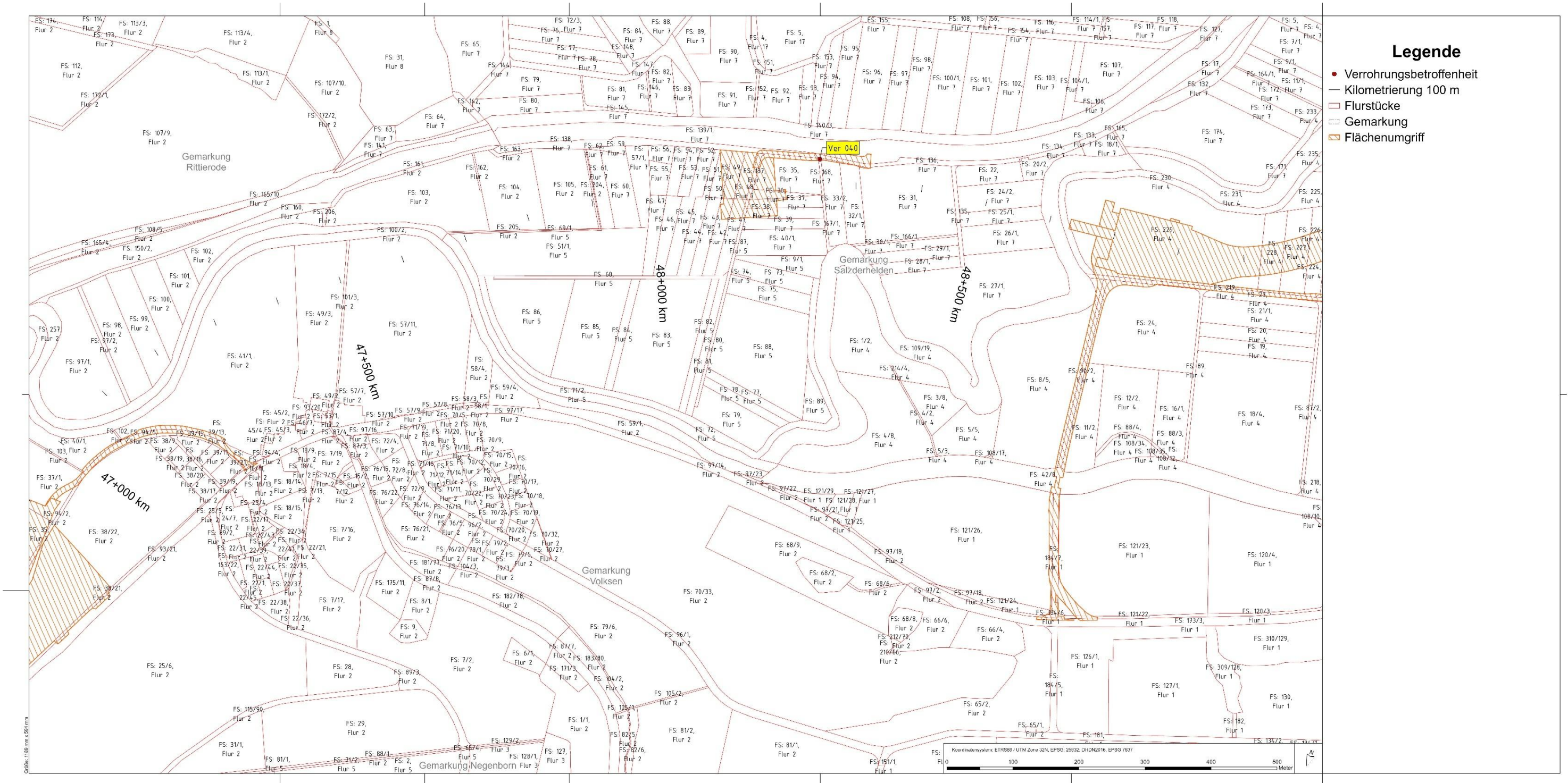


Abbildung 27: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

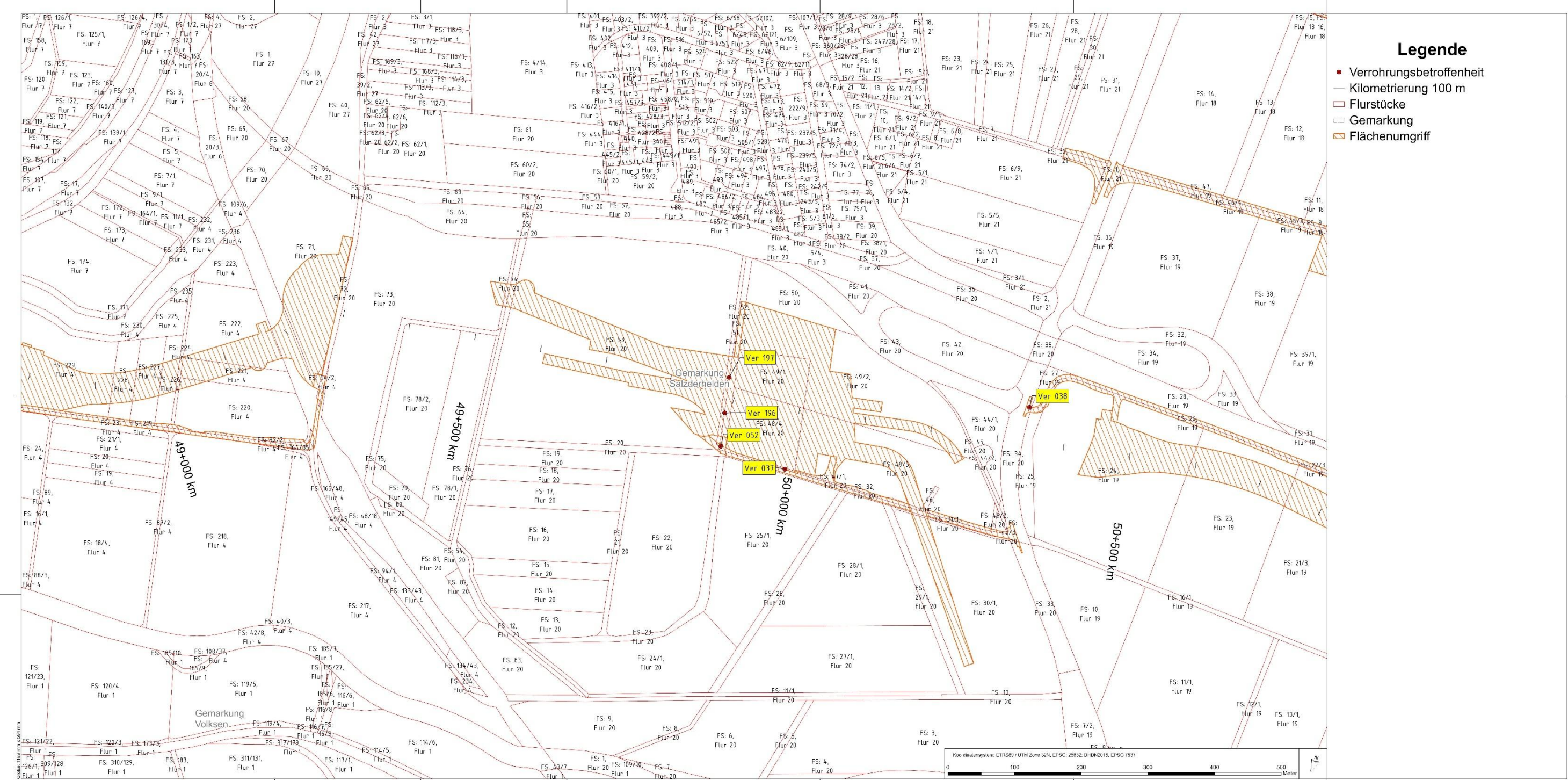


Abbildung 28: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

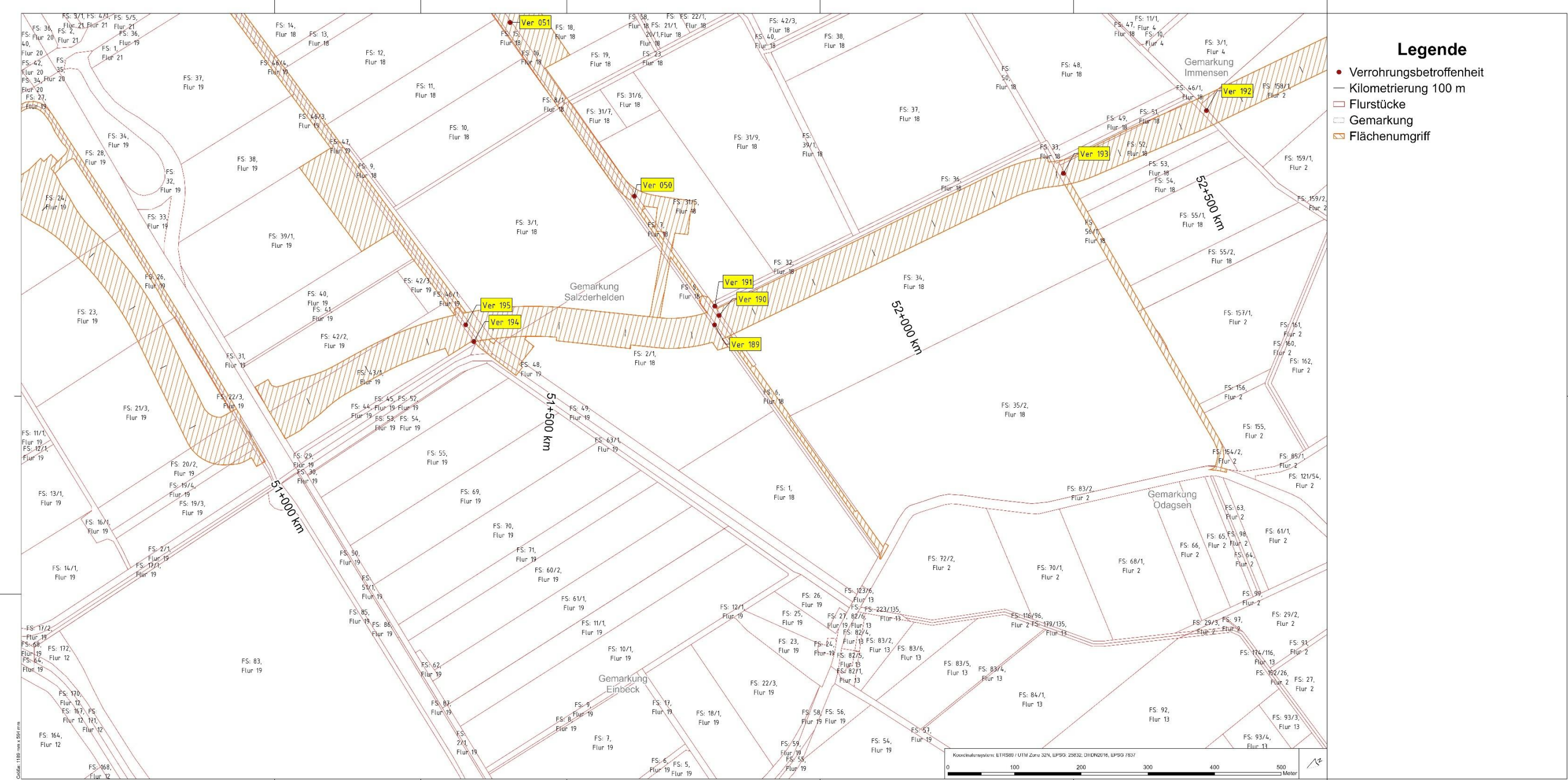


Abbildung 29: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen





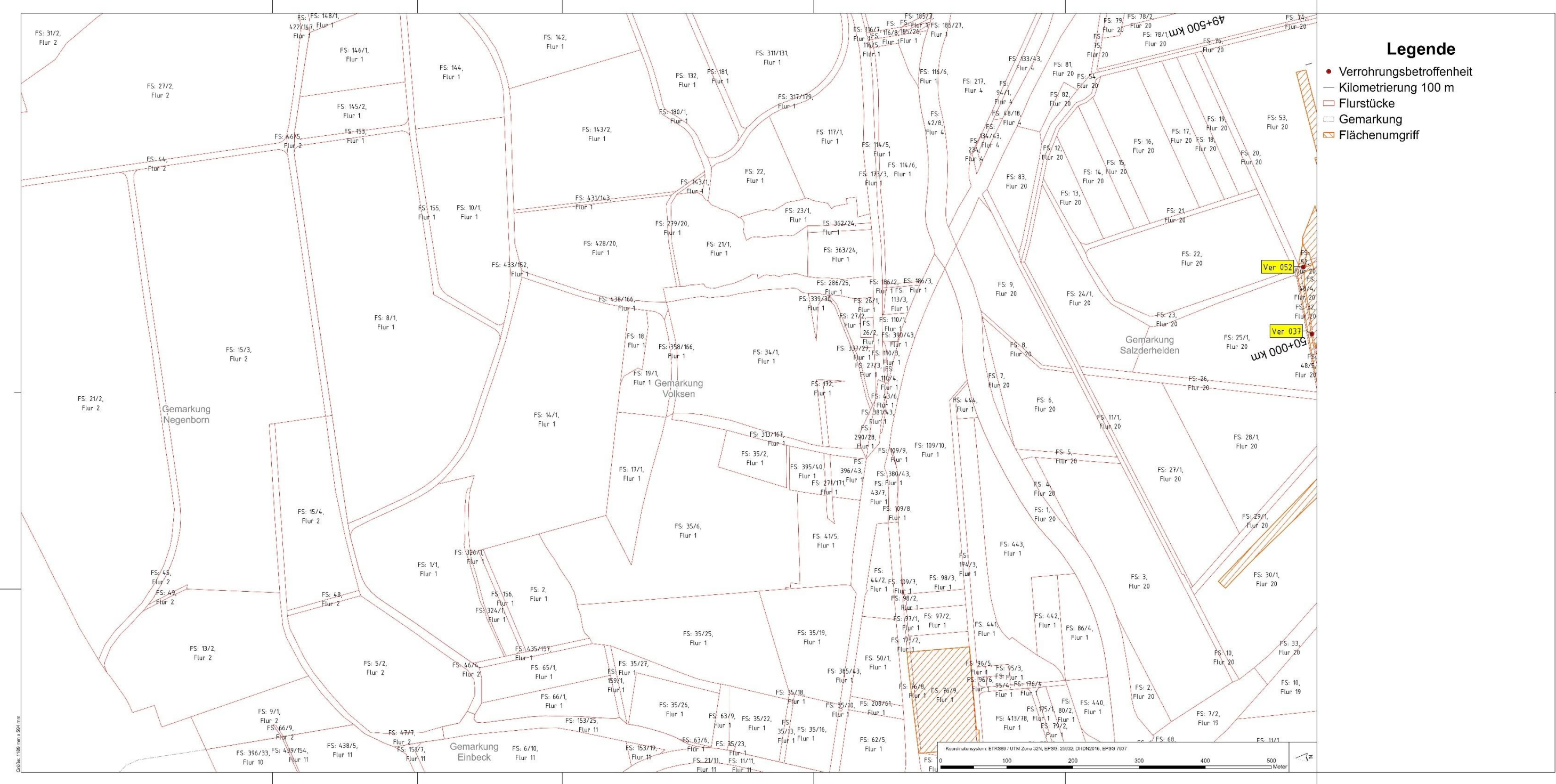


Abbildung 32: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen

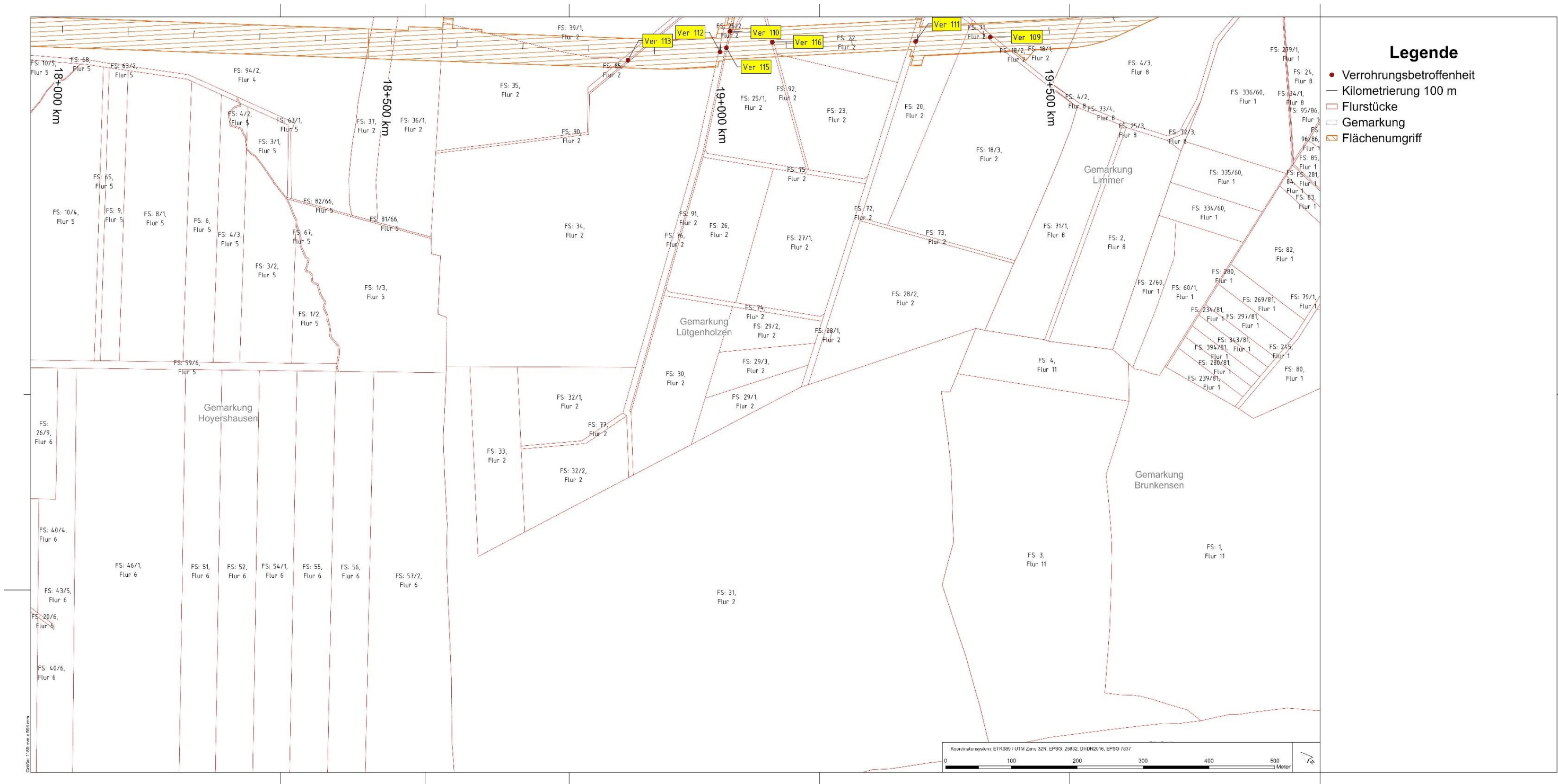


Abbildung 33: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen



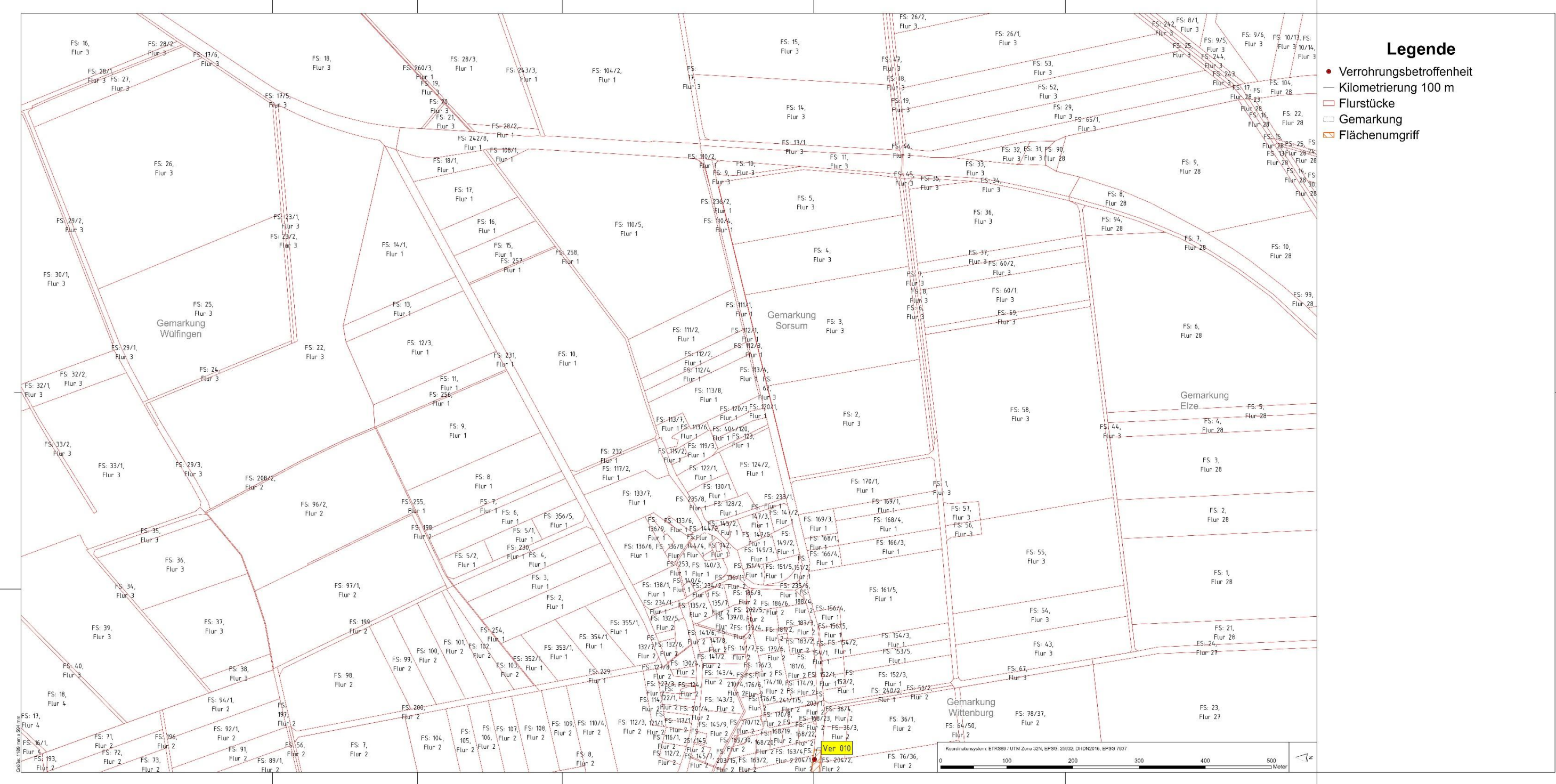


Abbildung 35: Markierung betroffener Flurstücke durch Verrohrungen